



Politische Berichte

Nummer 4 / 11. Jahrgang

16. Februar 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Erfolg des Befreiungskampfs in Azania

Mandela freigelassen. Die EG-Imperialisten wollen Sanktionen gegen Südafrika beseitigen

Nelson Mandela ist nach fast 30 Jahren Haft aus dem Gefängnis entlassen. Siedlerpräsident de Klerk kündigte am 2. Februar auch die Freilassung aller anderen politischen Gefangenen an. Der Bann gegen die politischen Organisa-

tionen des Befreiungskampfes, den African National Congress, die Black Peoples Convention, den Pan Africanist Congress of Azania und viele andere ist aufgehoben. Das ist ein Erfolg der Befreiungsbewegung in Azania.

Siedlerpräsident de Klerk verkündete außerdem in der Rede, die er zur Eröffnung der Parlamentsperiode gehalten hat, er wolle mit Vertretern der Schwarzen Verhandlungen ohne Vorbedingungen führen. Zum Vorgehen der südafrikanischen Rassisten erklärte Zeph Mothopeng, Präsident des PAC, am 3. Februar:

„Wir vom Pan Africanist Congress of Azania haben die Botschaft des Präsidenten aller südafrikanischen Weißen, die er bei der gestrigen Eröffnung der rassistischen drei Kammern verkündete, daß das Verbot unserer Organisation aufgehoben sei, mit Skepsis aufgenommen. Wir vom PAC stimmen zwar zu, daß F. W. de Klerks Ankündigung als Zeichen und Geste des guten Willens gesehen werden kann, beharren aber darauf, daß seine Handlungen bis jetzt weit hinter den Forderungen der unterdrückten und enteigneten azanischen Mehrheit zurückgeblieben sind. Wir sind skeptisch gegenüber der Aufhebung des Verbots des PAC und anderer Organisationen, das ausgesprochen wird, während die Regierung gleichzeitig versäumt, die fünf politischen Grundlagen der Apartheid, die weg müssen, damit ein förderliches Klima für grundlegende Verhandlungen entstehen kann, auch nur zu erwähnen. Diese fünf Grundlagen der Apartheid sind nicht verhandelbar. Es handelt sich dabei um:

1. das Gesetz über die Bevölkerungsregistrierung,
2. die Landgesetze von 1913 und 1936,

auf denen das Gesetz über die Gruppenregionen basiert.

3. das sogenannte Gesetz über die Bantu-Erziehung, die Erziehung zur Sklaverei ist,

4. das System des Drei-Kammer-Parlaments, das rassistisch und undemokratisch verfaßt ist,

5. die sogenannten Bantustans, die gegen das Prinzip eines geeinten, nicht-rassistischen und demokratischen Azania verstoßen.

Wir vom PAC können nur die Verpflichtung auf ein einheitliches, nicht-rassistisch geordnetes Parlament, basierend auf dem Prinzip: Eine Person, eine Stimme, als eine qualitative Änderung akzeptieren, die den Jubel und das Lob der azanischen Massen verdient. Effektiv hat F. W. de Klerk den geopolitischen Stand der Dinge im besetzten Azania exakt zu dem Punkt zurückgebracht, an dem er sich vor dem Beginn unserer „Kampagne der positiven Aktion“ im Jahr 1960 befand. Er weckt jedoch Zweifel an der von ihm selbst dargestellten „Ernsthaftigkeit“ seiner Haltung, wenn er den Bann gegen den PAC und andere aufhebt, aber alle drakonischen Sicherheitsgesetze in Kraft läßt. De Klerk versucht, den Druck, der durch die ökonomischen Sanktionen und den Kampf des Volkes im Innern des Land hervorgebracht wird, zu beseitigen. Außerdem will er den bewaffneten Kampf auslöschen, indem er die Befreiungsbewegungen ihrer militärischen

Rückzugbasen beraubt.

Wir appellieren deshalb an Afrika im besonderen und an die internationale Gemeinschaft im allgemeinen, die moralische und materielle Unterstützung für den PAC und andere fortschrittliche Kräfte im Innern des Landes zu verstärken, um sie in die Lage zu versetzen, alle Formen des Kampfes zu intensivieren.“

Nelson Mandela und andere Vertreter des ANC haben nach seiner Haftentlassung ebenfalls betont, daß für die Befreiungsbewegung kein Anlaß bestünde, den bewaffneten Kampf aufzugeben.

Die Imperialisten jedoch beabsichtigen, einen bitter erkämpften Fortschritt der Befreiungsbewegung in Azania zu nutzen, um den äußeren Druck auf Südafrika zu lockern. Die Konferenz der Außenminister der EG-Staaten wird auf Antrags Großbritanniens am 20. Februar beraten, ob die wenigen Sanktionen gegen Südafrika aufgehoben werden sollen.

Die Solidaritätsbewegung ist aufgerufen, die Unterstützung des Befreiungskampfes zu intensivieren. BWK und MLPD bemühen sich um eine Rundreise im Mai mit einer Vertreterin des azanischen Befreiungskampfes. Dort soll über die Fortführung des Kampfes unter den jetzigen Bedingungen berichtet werden.

Spendenkonto zur Unterstützung des PAC: Chr. Schneider, Konto-Nr. 1318-470-448, BLZ 20050550, Hamburger Sparkasse, Stichwort: Azania — (uld)



„Deutschland wird ein teures Vaterland“ kündigt „Bild“ am 12.2. Steuererhöhungen unter dem Vorwand der „DDR-Hilfe“ an. Fein abgestimmt bemühen sich Regierungspolitiker, die DDR weiter unter Druck zu setzen. Kanzleramtsminister Teltchik verbreitete, die DDR sei bald zahlungsunfähig. Finanzminister Waigel ergänzte, die DDR solle ihre Finanzlage „offenlegen“. Bild: Schlangen vor DDR-Banken nach der Bonner Meldung einer angeblichen „Zahlungsunfähigkeit“ der DDR. — (rül)

Druckkapitalisten gegen 10,5%

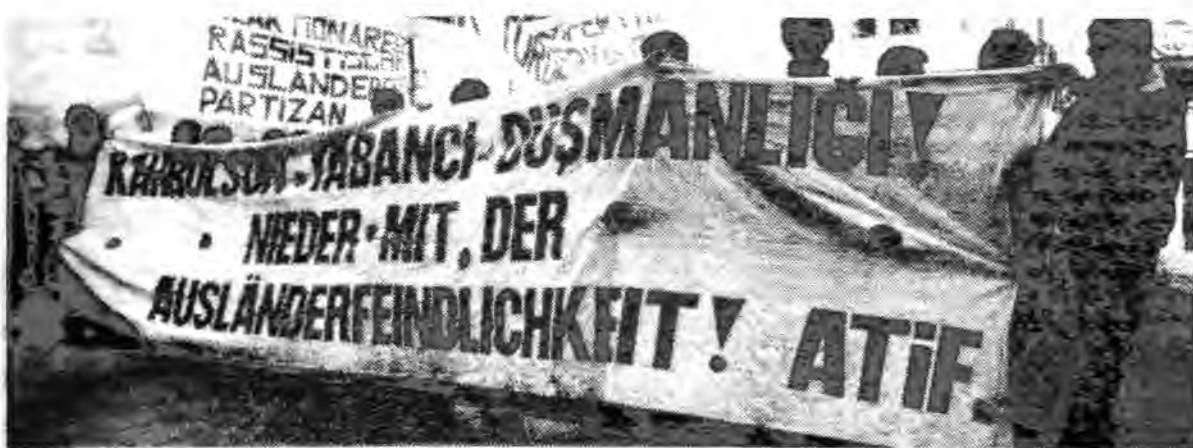
Die ersten Tarifverhandlungen beginnen am 8. März

Für die Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie hat die IG Medien eine Forderung von 10,5% mehr Lohn und Gehalt beschlossen. Der Verhandlungsführer Adrians des Bundesverbandes Druck nannte die Forderung der IG Medien „jenseits aller Realität“. Eine „derart überzogene Vorstellung der IG Medien-Funktionäre sei nicht förderlich für einen Kompromiß“, heißt es in der Stellungnahme des Unternehmensverbandes. „In unverantwortlicher Weise werde dadurch die Erwartungshaltung der Mitarbeiter auf ein unerfüllbares Maß gesteigert.“

Die IG Medien entgegnete auf diese Äußerungen des Bundesverbandes Druck in ihrem Zentralorgan „Kontrapunkt“ 3/90, daß die Tariffunktionäre keine Erwartungshaltung steigern mußte, sondern die Lohnforderungen aus den Belegschaften und Landesbezirken in dieser Höhe aufgestellt worden sind. Begründet wird dann die Forderung im wesentlichen mit der guten wirtschaftlichen Lage und den Riesenprofiten der Druckkapitalisten und der erwarteten Produktivitätssteigerung um 4%. Demgegenüber müsse eine Steigerung der Lebenshaltungskosten für dieses Jahr um 3,5% befürchtet werden. Durch die langfristige Bindung der Tarifverträge (drei Jahre) seien im letzten Jahr mindestens 3% verschenkt worden. Es bestehe also ein Nachholbedarf. Ohne die 35 im Tarif werde nicht abgeschlossen, über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der 35-Stunden-Woche könne man reden, das Volumen der Arbeitszeitver-

kürzung könne deswegen nicht zur Lohnforderung dazu gerechnet werden. Reichen diese Argumente für die Durchsetzung einer kräftigen Lohn-erhöhung aus? Unsicher wird man, wenn man liest, die Tariffunktionäre wolle diese Forderung nur „als Signal dafür verstanden wissen, in diesem Jahr eine spürbare Erhöhung der Einkommen zu erreichen.“ Es fällt auf, daß Argumente für einen existenzsichernden tariflichen Lohn auch für die unteren Lohngruppen nicht angeführt werden. Es ist auch nicht bekannt, daß es in der Tariffunktionäre Sprecher gibt, die für die deutliche Verbesserung der Lage der Hilfsarbeiter eintreten. Nach einer Angabe aus dem Geschäftsbericht des Bundesverbandes Druck von 1985 machen die Hilfskräfte knapp 25% neben 36% Facharbeitern und 33% Angestellten aus. Eine Erhöhung von 170 bis 200 DM, wie Metall sie fordert, wäre für die drei Facharbeiterlohngruppen bei einer Lohnerhöhung um 6% erreicht. (167 DM für LG V, 183 für LG VI, 200 DM für LG VII) Für die Hilfsarbeiterlohngruppen käme bei 6% nur zwischen 133 DM und 150 DM heraus. Die Lohngruppen sind in festen Prozentsätzen vom Facharbeiterecklohn (17,37 Stundenlohn, 2779 DM im Monat) definiert. Die Hilfsarbeiter liegen zwischen 80 und 90% (zwischen 2222 DM und 2500 DM). Eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen sei bis 1992, bis zur Kündigung des Lohnrahmentarifvertrages, nicht möglich, erklären die Kapitalisten. — (hao)

Gleiche politische und soziale Rechte in der BRD!



Dieses Motto vertraten verschiedene Demonstrationen am 10. Februar gegen die Verschärfung des Ausländerrechts. In Duisburg (Bild) demonstrierten etwa 1500 Leute, viele türki-

sche und kurdische Organisationen sowie wenige westdeutsche beteiligten sich an dem Protest, u.a. DIDF, ATIF, Feyka Kurdistan, Komkar, Volksfront, Antiimperialisten. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D

DGB-Aufruf zu Betriebsratswahlen

Der DGB-Bundesvorstand hat am 22.1. einen Aufruf zu den Betriebsratswahlen (1. bis 31.3.) veröffentlicht. Darin kritisiert er die zunehmende Leistungsverdrückung in den Betrieben, „dem Arbeitnehmerschutz hohnsprechende Vertrags- und Arbeitszeitformen, wie beispielsweise der sprunghaft angestiegene Abschluß von Zeitarbeitsverträgen und der vermehrte Einsatz verdeckter Leiharbeit“ und ruft auf, auf eine „angemessene Berücksichtigung“ von Ausländern zu achten: „Die Betriebsratswahlen sind eine gute Gelegenheit, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierungen entgegenzutreten.“ — (rül)

Jusos ließen Antifa-Konferenz scheitern

Die bundesweite Antifaschistische Konferenz am 10./11.2.90 (ca. 1200 Leute) in Frankfurt endete mit einem Eklat: Das Schlußplenum stimmte mit großer Mehrheit einer Resolution zu, die den Beschluß des Bundes-Arbeitsausschusses, DKP und SDAJ nicht mehr als unterstützende Organisationen aufzuführen, heftig als Ausgrenzungspolitik kri-

tisierte. M. Stadelmaier, Juso-Bundesvorstand, trat daraufhin aus dem Bundesausschuß zurück, IGM und Aktion Sühnezeichen dann ebenfalls. Sozialdemokratische Kräfte waren Anfang 1989 auf den Zug der durch die Empörung über die Wählerfolge der Faschisten interessant erscheinenden Bewegung aufgesprungen. Jetzt springen sie wieder ab, weil Antifaschismus sich schlecht mit der SPD-Anschlußpolitik im Osten verträgt. — (ads)

Flexible Arbeitszeiten: Enorme Verbreitung

Das Arbeitsministerium NRW hat eine Studie „Arbeitszeit 89“ herausgegeben, die sich auf eine „umfangreiche bundesweite Repräsentativbefragung“, durchgeführt vom „Institut zur Erforschung sozialer Chancen“, stützt. „Ein zentrales Ergebnis ist die enorme Verbreitung flexibler Arbeitszeiten“. Nach Aussage der Verfasser arbeiten in der BRD nur noch 24% der abhängig Beschäftigten in der Normalarbeitszeit. „76% dagegen in irgendeiner Form flexibler Arbeitszeit- in Kurzarbeit, in Teilzeitarbeit, in regelmäßiger Überstunden-, regelmäßiger Schicht-, regelmäßiger Nacht-, regelmäßiger Sams-

tags-, regelmäßiger Sonntagsarbeit“. Überstunden kommen häufig in Kombination mit anderen flexiblen Arbeitszeiten vor. Auf die Frage nach den Gründen für Überstunden antworteten 64%: „Ich kann mich den Überstunden schlecht entziehen“. — (stb)

LAG: Lufthansabesatzungen müssen Abgeschobene fliegen

1989 weigerten sich mehrere Lufthansa-Besatzungen, abgeschobene Asylbewerber auszufliegen. In dem anschließenden Disziplinarverfahren, angestrengt auf Drängen des Bundesinnenministeriums, wurden sie zu Geldstrafen verurteilt mit der Auflage, zukünftig solche Störungen des Flugverkehrs zu unterlassen. Daraufhin gingen die Piloten und Besatzungen in Berufung. Das Landesarbeitsgericht Hessen lehnte am 5. Februar die Revision des Urteils mit der Begründung ab, das sei Sache des Dienstherren und unterliege dem Disziplinarrecht. Die Gewissensfreiheit wäre im Grundgesetz verankert, die Piloten könnten sich durch zivilgerichtliche Klagen ihr Recht erstreiten. Die ÖTV läßt ein Rechtsgutachten erstellen und will weitere gerichtliche Schritte unternehmen. — (mal)

Treffen: Erfahrungen kommunaler Wahlbündnisse

In Baden-Württemberg hatten zu den Kommunalwahlen im vergangenen Oktober in einer ganzen Reihe Orte linke Wahlbündnisse kandidiert. Nach einer gewissen Bedenkepause scheint es jetzt sinnvoll, Erfahrungen zwischen diesen Bündnissen auszutauschen. Die Anregung hierfür geht zurück auf Gespräche zwischen BWK, DKP, MLPD und VSP zur Vorbereitung eines eventuell gemeinsamen Auftretens bei den Bundestagswahlen. Das Treffen findet statt am Samstag, 24. Februar, in: Stuttgart-Sillenbuch, Clara-Zetkin-Haus, Gorch-Fock-Str., 11 Uhr. Themenvorschläge: Perspektiven der Bündnisse, auch dann, wenn sie nicht in den Gemeinderäten vertreten sind. Welche Aufgaben ergeben sich: Gegen Wiedervereinigungspolitik, Rep in den Gemeindeparlamenten und antifaschistischer Kampf, OB-Wahlen. Grüne und SPD: Zusammenarbeit und Unterschiede. Überörtliche Zusammenarbeit bei der Kommunalpolitik, aber auch im Hinblick auf Landtagswahlen oder Bundestagswahlen? Für Rückfragen usw. stehen zur Verfügung: DKP Ba-Wü, Tel.: 0711/265510 oder BWK Ba-Wü, Tel.: 0711/624701 — (alk)

Aktuell in Bonn

Währungs(unions)-Krieg

Einen Tag lang blieb die Differenz: Am 7.2. verkündete Bundesbankpräsident Pöhl eine rasche Währungsunion BRD-DDR als „verfrüht“, während Kohl sie für dringend erklärte. Am nächsten Tag war Pöhl auf Kohls Linie eingeschwenkt. Damit sind sich Bundesbank und Regierung einig: Der Druck auf die DDR soll weiter angespannt werden, um ein schnelles Eindringen der BRD-Konzerne zu ermöglichen. Das soll die verbliebenen Reste von Wirtschaftsplanung in der DDR vollends zerstören. Die gesetzliche Inkraftsetzung von „Marktwirtschaft“ wäre dann nur noch Nach-Vollzug geschaffener Fakten.

„Sozialstaat Deutschland“

Am vergangenen Wochenende stellte Bundesarbeitsminister Blüm (CDU/BRD) den ersten Teil eines „Sozialstaats“ für Gesamtdeutschland vor, das heißt, was in der DDR gemacht werden soll. Arbeitslose dort sollen 63% des letzten Nettoeinkommens in DM erhalten, bei einem Umzug in die BRD würde in gleicher Höhe gezahlt. Andere Leistungen wie Arbeitsbeschaffung, Umschulung usw. sollen auch nach BRD-Muster geregelt werden. Blüm: „Das kann Nürnberg ruckzuck machen, wenn die neue DDR-Regierung will“ (lt. „Handelsblatt“ vom 12.2.). Was Renten betrifft, sollen beim Durchschnittsverdienst von 1200 Mark (Ost) 840 D-Mark (West), was 70% entspricht, gezahlt werden. Zur Finanzierung sollen die Sozialversicherungsbeiträge hüben und drüben angehoben werden.

Ausländergesetz: 1. Lesung

Am 9.2. beriet der Bundestag in erster Lesung den Ausländergesetzentwurf der Regierung und einen Gesetzentwurf von CDU/CSU/FDP zur weiteren Beschleunigung von Asylverfahren. Sprecher der Grünen warfen der Bundesregierung vor, mit ihren Gesetzentwürfen ein „fremdenfeindliches Klima weiter anzuhetzen“. FDP-Sprecher Hirsch reagierte auf Kritik der DGB, der Kirchen und von Wohlfahrtsorganisationen an dem Ausländergesetz der Regierung zynisch: Er sehe „mit Bedauern, wie viele achtenswerte Organisationen ... sich daran beteiligten, den Gesetzentwurf zu zerreden“. Die SPD scheint nicht mehr bereit, den Gesetzentwurf der Regierung mitzutragen.

Antifolterkonvention

Mit einer Tagesmehrheit der Oppositionsparteien wurde im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 24.1. ein SPD-Antrag angenommen, der die Bundesregierung auffordert, die UN-Anti-Folterkonvention „ohne Wenn und Aber“ zu unterzeichnen und ihre „interpretierende Protokollklärung“ dazu zurückzunehmen. Dabei geht es um Artikel 3 der Konvention, der Abschiebung verbietet, wenn

„stichhaltige Gründe“ die Annahme nahelegen, daß die Abgeschobenen dort „Gefahr laufen, gefoltert zu werden“. Die CDU/CSU sprach gegen den SPD-Antrag.

CSU-Gesetzespläne

Der bayerische Innenminister Stoiber hat gegenüber EG-Kommissar Bange einen Gesetzentwurf der bayerischen Staatsregierung zur Einschränkung des Grundrechts auf Asyl angekündigt, falls die EG ihre Richtlinien gegen Asylbewerber nicht verschärft. Schon in dieser Woche will die Staatsregierung zudem im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur schärferen Bestrafung und besseren Fahndung nach Rauschgifthändlern einbringen. Ausdrücklich verlangte Stoiber bei Bange eine Änderung der „weichen“ niederländischen Linie. Sonst werde man einer Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen beiden Staaten nicht zustimmen.

„DARA“ kommt

Aber was ist das? Die „Deutsche Agentur für Raumfahrtangelegenheiten“. 10 Millionen DM, vorgesehen für diese Einrichtung, waren bislang „qualifiziert gesperrt“. Der Haushaltsausschuss hat sie jetzt (am 24.1.) gegen die Stimmen der Grünen freigegeben. Zug um Zug sollen Regierungskompetenzen an die DARA übergehen, deren Spitzenpersonal überwiegend aus Vertretern „aus Wissenschaft und Industrie“ zusammengesetzt werden wird.

Schweinefleisch-Preise

Ein „dramatischer Verfall“ der Schweinefleischpreise sei zu beklagen. Schuld sind „Gesundheitsapostel“ und „Wissenschaftler von den Kathedern“, so die CDU/CSU im Landwirtschaftsausschuss. Der derzeitige Pro-Kopf-Verbrauch von 60 Kilogramm pro Jahr könne gar noch fallen (Rindfleisch: 22 Kilogramm). Die CDU/CSU-Fraktion schlug vor, 50000 Tonnen Schweinefleisch an Rumänien zu verschenken. Aus Menschenfreundlichkeit vielleicht? Nein, zur „Entlastung des Marktes“, sprich zur erneuten Steigerung der Preise in der BRD.

Was kommt demnächst?

Am 16. Februar berät der Bundesrat u.a. den Ausländergesetzentwurf der Bundesregierung, einen bayerischen Gesetzentwurf zur Ausweitung der Strafverfolgung gegen Rauschgiftändler sowie die Abschaffung von Börsenumsatz- und Kapitalverkehrssteuer. Am 5. März tritt der Bundestag nach zweiwöchiger Pause wieder zusammen und berät am 8. März den von Waigel vorgelegten Nachtragshaushalt. Am 16. März folgt die nächste Sitzung des Bundesrats, auf der u.a. der Nachtragshaushalt beraten wird. Am 18. März finden die Kommunalwahlen in Bayern statt. Vom 19.3. bis 11.4. tagt in Bonn die KSZE-Wirtschaftskonferenz.

BRD-Okkupationspolitik gegen die DDR

Währungsunion soll DDR überrumpeln — Täuschungsmanöver haben Geschichte

Bei den Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow hinterließ die Bundesregierung den Eindruck, sie hätte es hin genommen, daß die DDR als gleichberechtigter Partner auftritt. An der Beratung der Alliierten sollen sowohl die BRD als auch die DDR teilnehmen. Dieser Eindruck trügt: Kohls „Fahrplan“ ist tückisch. Sofort soll die Wirtschafts- und Währungseinheit in Angriff genommen werden. Nach der DDR-Wahl am 18.3. soll die Angleichung der Gesetze folgen. Als dritter Schritt soll die Beratung der Alliierten mit BRD und DDR folgen, danach die KSZE-Konferenz und im Spätherbst Wahlen zu einer „deutschen Nationalversammlung“, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll.

Für die Währungsunion betreibt die Regierung eine Politik des Rufmordes gegen die DDR und schürt dort Unruhe und Angst. Mit der Währungsunion will Kohl eine neue Verfassung vorwegnehmen. Die Konzerne sollen vorwegmarschieren und die soziale Ordnung der DDR umwälzen, bevor überhaupt die von Kohl geplante verfassungsgebende Versammlung über die Eigentumsordnung berät und entscheidet. Normalerweise wird zwischen souveränen Staaten (z.B. in der EG) erst über so gravierende Fragen wie Währungsunion oder Eigentumsordnung und Kapitalverkehr politisch entschieden. Kohls Plan sieht eine Anketzung der DDR an den BRD-Imperialismus vor, bevor eine solche politische Entscheidung durch die von ihm propagierte verfassungsgebende Versammlung gefallen ist. Mit dieser Politik will die BRD die DDR überrumpeln und einverleiben. Das ist eine Politik der verschleierte Okkupation und keine wirtschaftliche Hilfe für die DDR-Bevölkerung, wie die Regierung behauptet. Mit der Währungsunion soll die freie Marktwirtschaft und das Privateigentum wieder eingeführt werden. Eine neu auszuarbeitende Verfassung würde diese Sozialordnung bereits vorfinden und dann nur noch festschreiben.

Mit den beiden, im Wiedervereinigungsfahrplan vorgesehenen, internationalen Konferenzen will die Bundesregierung den Eindruck einer Gleichbehandlung der DDR durch die BRD erwecken. Demgegenüber liefert die in der BRD und DDR erhobene Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrags der Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten keine politische Handhabe. Denn die Regierungskoalition versteht es sehr gut, sich diese Strömung im Zuge ihrer Angriffe auf die Eigenstaatlichkeit der DDR zunutze zu machen, in dem sie ihr scheinbar Rechnung trägt. Ein Beispiel aus der aktuellen Politik soll diesen Punkt verständ-

lich machen.

Der Bundesaußenminister Genscher hat — ähnlich wie die Bundestagspräsidentin Süssmuth — der DDR-Regierung vorgeschlagen, eine gemeinsame Erklärung gegenüber Polen dahingehend abzugeben, daß man keinerlei Gebietsansprüche habe. Zur Würdigung dieses Vorschlags muß man zweierlei wissen. Erstens, daß die DDR im Vertrag von Zgorzelec (ehemals Görlitz) am 6.7.1950 mit Polen die endgültige Festlegung des Verlaufs der beiderseitigen Grenzen entlang der Flüsse Oder und Neiße (gemäß dem Potsdamer Abkommen der Antihitlerkoalition) besiegelt hat. Zweitens, daß die BRD diese polnische Westgrenze im Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 nicht völkerrechtlich verbindlich anerkannt hat. (1)

Der Süssmuth/Genscher-Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung der „beiden deutschen Staaten“ gegenüber Polen zielt auf eine Herauslösung der DDR aus ihrem Grenzgarantie-Verhältnis zu ihrem östlichen Nachbarstaat sowie auf die Täuschung Polens mit Hilfe einer völkerrechtlich unverbindlichen Erklärung. Dieser Vorschlag tarnt sich als Gleichbehandlung der DDR durch die BRD, um dieses erste Annexionsopfer in eine „innerdeutsche“ Umklammerung zu manövrieren. Diese scheinbare Gleichbehandlung soll zum einen die internationale Öffentlichkeit davon ablenken, daß die BRD weder die Westgrenze der DDR noch die DDR selbst anerkennt. Zum zweiten soll mit Hilfe des ersten Annexionsopfers (DDR) das zweite Annexionsopfer (Polen) getäuscht werden. Denn ein auf seine territoriale Unversehrtheit bedachtes Polen wird letztlich schon deswegen an

der Eigenstaatlichkeit der DDR ein Interesse haben müssen, weil diese seit 1950 ein wirklicher Garant der polnischen Westgrenze ist. Genau auf die Einverleibung dieses Garanten zielt aber die „Wiedervereinigungspolitik“ der BRD.

Die operativen Schritte und die Täuschungsmanöver der bundesdeutschen Diplomatie gegenüber ihren östlichen Nachbarstaaten bewegen sich in der Kontinuität der NS-Wiedervereinigungspolitik gegenüber Österreich, der Tschechoslowakei und Polen vor dem 1. September 1939. Die Absicht der BRD, die Einverleibung der DDR als KSZE-konforme Sache aufzuarbeiten, muß unter diesem Gesichtswinkel betrachtet werden. Die KSZE-Schlussakte vom 1.8.1975 enthält (aufgrund entsprechenden Drucks der BRD) im ersten Teil eine Konsensformel, derzufolge bestehende Grenzen „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können“ (2).

Die BRD strebt die Absegnung ihrer Einverleibung der DDR durch eine entsprechende KSZE-Beschlußfassung in allererster Linie deshalb an, weil sie damit faktisch eine gewalttätige Bresche in das auf der Souveränität der Staaten beruhende Völkerrecht schlagen kann: Das Nürnberger Tribunal (1945/46) hat in Anknüpfung an Pkt. 1 des NSDAP-Programms („Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland“) deutlich gemacht, daß die „Wiedervereinigungspolitik“ des Deutschen Reichs notwendigerweise auf die Besitzergreifung fremden Staatsgebiets und damit auf die Zerstörung der europäischen Nachkriegsordnung hinauslaufen mußte. Am Beispiel der Aggression gegen Österreich, einem Nachbarstaat mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung, hat das Tribunal insbesondere klargestellt, daß die völkische Selbstbestimmungsrechts-Politik der Reichsregierung eine aggressive, auf Annexionen zielende Politik war (3). Gelingt es der BRD, im Rahmen jener angestrebten KSZE-Konferenz die Einverleibung der DDR international zu legalisieren, so würde sie zugleich die Wiederaufrichtung des vom Nürnberger Tribunal geächteten völkischen Völkerrechts für sich verbuchen können.

Quellenhinweis: (1) Gesetzblatt der DDR 1950 S. 1205ff./Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung 8. Aufl. 1980. Hrsg. Presse und Informationsamt der Bundesregierung S. 21f; (2) KSZE-Dokumentation. Hrsg. siehe Fußnote 1. S. 34; (3) Das Urteil von Nürnberg 1946, dtv dokumente (4. Aufl.) München 1979. S. 22ff. — (jöd, huh)



El Pais (spanische Zeitung), 3.12.89

PKK-Prozeß: Sechs Haftbefehle außer Vollzug

Die Anklage der Bundesanwaltschaft im Kurdenprozeß wird immer fadenscheiniger

Bevor im Düsseldorfer Kurdenprozeß sich ein Angeklagter zur Sache geäußert hatte, stellte das Gericht das Verfahren gegen einen Angeklagten ein und hob bei sechs Beschul-

digten den Vollzug der Haftbefehle auf — gegen mehr als 100000 DM Kautionen. Rebmann kündigte an, er wolle künftig „ausländische Terroristen“ abschieben.

Schon bevor das Düsseldorfer Gericht letzte Woche zur Fortsetzung der Verhandlung zusammentrat, hatte Rebmann in einem Rundfunkinterview im NDR seine neue Linie entwickelt: Die Strafprozeßordnung solle geändert werden, um „ausländische Terroristen“ künftig sofort nach Erhebung der Anklage abschieben zu können. Nach geltendem Recht können Ausländer, die z.B. Asyl haben, nur abgeschoben werden, wenn sie rechtskräftig wegen Straftaten verurteilt sind. Rebmanns Plan zielt darauf ab, daß künftig die Zulassung der Anklage — gegen die Beschuldigte kaum Rechtsmittel haben — reicht, um die Beschuldigten abschieben zu können. Die Behörden gewannen so für die Verfolgung ausländischer Organisationen unerhörten Spielraum.

Diesen Ankündigungen der Bundesanwaltschaft folgte dann das Düsseldorfer Gericht gleich mit mehreren Maßnahmen. Zuerst stellte es am 6.2. das Verfahren gegen Hasan Engizek wegen „Geringfügigkeit“ ein. Engizek muß die Kosten seiner Verteidigung selber tragen, Haftentschädigung für die drei

Monate Isolationshaft wurde nicht gewährt. Sein Verteidiger Lothar Hinz beschreibt die Folgen dieser Entscheidung: „... Wegen dieser ‚Geringfügigkeit‘ hat mein Mandant unter anderem folgendes erdulden müssen:

— die Vorverurteilung als ‚Terrorist‘ in den einschlägigen, unter anderem auch türkischen Medien; verbunden damit die Unmöglichkeit, in die Türkei auch nur zu Besuchszwecken zu reisen; als ‚PKK-Terrorist‘ würde er dort sofort festgenommen und müßte mit der Anwendung der Todesstrafe rechnen.

— Die Durchsuchung seiner Wohnung durch ein Sondereinsatzkommando der Polizei, welches die Wohnung teilweise demolierte. Hierfür wurde ihm ausdrücklich keine Entschädigung zugebilligt.

— Mehrere Monate Untersuchungs-haft trotz Erkrankung, während der er intensiven ‚Bearbeitungsversuchen‘ des Bundeskriminalamtes ausgesetzt war und unter ständigem psychischen Druck zu ‚Geständnissen‘ veranlaßt werden sollte, auch insoweit wurde ihm eine Entschädigung jetzt ausdrücklich ver-

weigert.

— Der Verlust seines Arbeitsplatzes und die Unmöglichkeit, eine neue Arbeit zu finden.“

Am 8. und 9. Februar hob das Gericht dann für sechs weitere Beschuldigte den Vollzug der Haftbefehle auf: für Yasemin Gedik, Hüseyin Celebi, Mustafa Erbil, Ali Sapan, Erol Kedik und Kemal Güngöze. Bevor sie freigelassen wurden, mußten Freunde und Angehörige der Angeklagten Kautionen von zusammen mehr als 100000 DM bei Gericht hinterlegen. Über die Freilassung zweier weiterer Angeklagter (I. Kadah und S. Celik) wird noch verhandelt. Hier verlangen Gericht und Bundesanwaltschaft erneut über 100000 DM Kautionen!

Offenbar erwarten Gericht und Bundesanwaltschaft von der Aufhebung der Haftbefehle eine leichtere Verhandlung. Man will zum angeblich „harten Kern“ der Angeklagten vorstoßen und diesen schneller verurteilen. Ein Teil der Angeklagten kann gegen diese haltlose Anklage jetzt besser kämpfen.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 4/90 — (rül)

Breitseite von Gesamtmetall

„Angebot“ des VMI in Nordwürttemberg-Nordbaden

Am 8.2.1990 hat der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (VMI) bei der dritten Verhandlung in Nordwürttemberg-Nordbaden sein „Angebot“ vorgelegt. Nach ersten Presseberichten sieht es so aus: Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit bis 1993 bei gleichzeitiger Möglichkeit, für „Fachkräfte“ „individuell eine regelmäßige Arbeitszeit von 40 Stunden“ zu vereinbaren. Die regelmäßige Arbeitszeit soll auf die Tage von Montag bis Samstag verteilt werden können. Die Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage soll aufgehoben und bei Überstunden drastisch beschränkt werden. Die regelmäßige Arbeitszeit soll nicht mehr wie bisher im Durchschnitt von sechs Monaten erreicht werden müssen, sondern im Rahmen von zwölf Monaten, der „in besonderen Fällen“ auch verlängerbar sein soll. Die tägliche Höchstarbeitszeit soll zehn Stunden betragen. Im Drei-Schicht-Betrieb soll die bisherige halbstündige bezahlte Pause entfallen, was die Schichtdauer verlängern und die Schicht- und Nachtarbeit billiger und einfacher machen würde.

Kündigungsschutzregeln für über Fünfzigjährige sollen eingeschränkt werden. Aus dem Geltungsbereich des

Manteltarifs, also aus der tariflichen Arbeitszeit, dem Kündigungsschutz u.a. sollen neben den leitenden Angestellten alle diejenigen ganz herausfallen, deren Gehalt durch außertarifliche Zulagen das entsprechende Tarifgehalt um mindestens 25 % übersteigt. Nach Angaben der IG Metall wären das im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden 12500 Angestellte, mit zusätzlichen Zulagen von 100 bis 150 DM kämen weitere 20000 hinzu. Unter diesen Voraussetzungen bietet der VMI 5 % Lohn- und Gehaltserhöhung auf eine verlängerte Laufzeit von 15 Monaten.

Damit sind die Metallkapitalisten in ihren Forderungen noch weit über die bisherigen Ankündigungen hinausgegangen. Die IG Metall, die in Nordwürttemberg-Nordbaden weitere neun Verhandlungsrunden schon vereinbart hat, muß sich fragen, ob sie auf dieser Basis einfach weiterverhandeln und damit die Kapitalistenforderungen als Bestandteil der Verhandlungsgrundlagen akzeptieren will oder ob sie die nächsten Wochen zur Information und Mobilisierung nutzt und schnell klarstellt, daß dieses „Angebot“ nicht verhandelbar ist.

Quellenhinweis: Stuttg. Zeitung, Stuttg. Nachrichten 9.2.1990 — (rok)

Bürgerkrieg in der Sowjetunion

Entwicklungskrise, Perestrojka und Nationalitätenkonflikte in den südlichen Republiken

Der Einsatz sowjetischer Truppen in Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, hat die gewalttätigen Unruhen vorübergehend unterdrückt. Die Probleme jedoch, die den Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien haben aufbrechen lassen, existieren fort. Es scheint nur eine Frage der Zeit, daß sie zu einem blutigen Bürgerkrieg zwischen den beiden transkaukasischen Sowjetrepubliken

Die Perestrojka vertieft die Widersprüche

Nicht die Politik der Umgestaltung, die Perestrojka, habe die nationalen Konflikte hervorgerufen, die die Sowjetunion in den letzten beiden Jahren erschütterten, verteidigt sich die sowjetische Führung gegen Kritiker. Die Perestrojka habe lediglich bewirkt, daß solche Konflikte, die jahrelang schwelten, zum Ausbruch gekommen seien. Das ist nur zum kleineren Teil zutreffend.

Unter der Losung der Intensivierung und Modernisierung der Produktion werden seit den 80er Jahren — eingeleitet bereits durch Gorbatschows Vorgänger — die Investitionen auf „entscheidende Bereiche“ (1) konzentriert, und das heißt vor allem auf die traditionellen Industriegebiete im europäischen Teil der UdSSR. Hier befinden sich 80% der Industriebetriebe. Der Anteil Asiens und der südlichen Sowjetrepubliken an den Investitionen und an der industriellen Produktion begann zu stagnieren und ab Ende der 80er Jahre zu sinken. (2)

Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Tendenz bilden nur Armenien und Georgien. Aserbaidschan dagegen bekommt die Folgen hart zu spüren. Seine Hauptstadt Baku ist ein altes Zentrum der Erdölindustrie, auch wenn der Anteil an der sowjetischen Erdölförderung von vormals 75% auf 3% gesunken ist. Bis weit in die 70er Jahre hinein haben sich andere Industriezweige entwickelt, die jedoch weitgehend im Raum Baku konzentriert sind. Pläne, die dadurch entstandenen Entwicklungsprobleme durch gezielte Dezentralisierung der Industrie, durch Förderung der industriellen Produktion auf dem Land zu lösen, dürften den Kostenrechnungen fast vollständig zum Opfer fallen.

Denn die Investitions- und Entwicklungspolitik im Zeitalter der Perestrojka ist durch Kosten- und Standortgesichtspunkte geprägt. Sie ist unvermeidliche Konsequenz der verstärkten Ausrichtung der Sowjetunion auf den Weltmarkt. Das Konzept, am „Haus Europa“ mitzubauen zu wollen, hat die einseitige Förderung der europäischen Gebiete auf Kosten der asiatischen im Gefolge. Diese Ausrichtung stößt auf Probleme, deren „Lösung“ die Widersprüche nur noch vertieft.

So herrscht in den europäischen Regionen der Sowjetunion Arbeitskräftemangel, der sich aufgrund der dort durchgängig rückläufigen Bevölkerungszahlen absehbar noch verschärfen wird. In den südlichen Republiken hingegen, die eine hohe Geburtenrate und rasant steigende Bevölkerungszahlen aufweisen, finden immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, keine Beschäftigung. Die Lösung der Perestrojka lautet: „Ausschöpfung der Arbeitsreserven“, d.h. Erzwingung einer Süd-Nord-Wanderung von Arbeitskräften. Nach den ehrgeizigsten Berechnungen sollen bis 2000 7 Mio. Menschen den Ort wechseln, das wären 80% der Arbeitskräfte der Zentralasiens, nach anderen Berechnungen immerhin noch mindestens 3,5 Mio. (3)

Diese Absichten schaffen in den südlichen Regionen und vor allem unter den dort ansässigen islamischen Turkvölkern große Unruhe. Bisher, und das ist im Vergleich z.B. mit der Türkei bemerkenswert, ist die Nordwanderung der sowjetischen Turkvölker gering (allgemein weniger als 1%). Auch die Abwanderung vom Land in die Städte ist im Süden der UdSSR nur schwach ausgeprägt, nicht vergleichbar mit der Landverteilung in den Entwicklungsländern, die dem Weltmarkt unterworfen sind.

Die ehrgeizigen Pläne der Umwälzung treffen also auf Widerstand. Um eine frei verfügbare industrielle Reservearmee zu schaffen, muß die Perestrojka versuchen, eine gewaltige Landverteilung in Gang zu setzen. Nicht zuletzt diese Absicht verfolgt die „Reform“ der Landwirtschaft, mit der die sowjetische Führung die Kollektivwirtschaft auf dem Land untergräbt und womöglich beseitigt. (4)

Mit der Perestrojka haben Gorbatschow und seinesgleichen die egalitären Ziele einer jahrzehntelangen Entwicklungspolitik — die Angleichung der Republiken — zugunsten einer geplanten Differenzierung aufgegeben. Die südlichen Republiken werden zu Randgebieten, zum asiatischen Hinterhof der europäischen Sowjetunion deklariert. Ihren Bewohnern ist in der neuen Arbeitsteilung vor allem die Rolle von Arbeitskräfte-lieferanten für die industrielle Produktion in der europäischen Sowjetunion und die extraktive Industrie im Fernen Osten zugewiesen.

Ursachen der Entwicklungskrise

In einem haben die Befürworter der Perestrojka, der Umgestaltung, allerdings auch recht: Es besteht eine objektive Problemlage, eine Entwicklungskrise, die es unmöglich machte, weiterzumachen wie bisher.

Das sozialistische Entwicklungskonzept, das in der Sowjetunion über Jahrzehnte praktiziert wurde, hat große Fortschritte ermöglicht — Fortschritte, die bei kapitalistischer Produktionsweise und Weltmarktausrichtung niemals hätten erzielt werden können —, ist aber seit geraumer Zeit zum Hemmnis für die weitere Entwicklung geworden.

Auch bürgerliche Autoren können nicht leugnen, daß das Entwicklungsniveau in den südlichen Sowjetrepubliken beträchtlich höher ist als in den benachbarten Ländern, Afghanistan, dem Iran oder der Türkei. (2) Durch die stalinistische Politik des Ausgleichs wurde die allgemeine Industrialisierung großer Wirtschaftsräume betrieben und wurden auch die weiten ländlichen Gebiete u.a. des Südens in die Industrialisierung einbezogen. Der sowjetische Zentralstaat nahm eine Umverteilung der Ressourcen vor und förderte mit Mitteln aus den entwickelteren Gebieten den industriellen Aufbau in den rückständigen Gebieten. Ein erheblicher Teil der Haushalte der südlichen Republiken, oft weit über 50%, wurde lange Jahre durch solche Umverteilung finanziert. (5) Ergebnis: Die Kluft zwischen den Regionen, die in der Zeit der Oktoberrevolution bestand, ist zwar nicht verschwunden, aber erheblich verringert. „Während 1926 die Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung in den alten Industriegebieten 38mal höher lag als in den nationalen Randgebieten, ging sie 1941 auf das 4,1-fache zurück und beträgt derzeit rund das 2,3-fache.“ (6)

Das sowjetische Entwicklungskonzept förderte in allererster Linie die Errichtung industrieller Großbetriebe in der gesamten Sowjetunion, aus Mitteln des Zentralhaushaltes und unter Leitung der Zentrale, und bildete im Zusammenhang damit eine vertikale Arbeitsteilung heraus, in die Riesengebiete einbezogen sind. Daß dies mit grundlegenden und schwerwiegenden Problemen behaftet war, war den Kommunisten, war Lenin, Stalin und später in China auch Mao Zedong voll bewußt. Die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Entwicklungstheorien — Errichtung von Großbetrieben mit hohen technischen Ansprüchen oder Errichtung kleiner arbeitsintensiver Betriebe, zentralistisches Branchenprinzip und Zuständigkeit der Moskauer Zentrale oder Territorialprinzip und dezentralisierte Wirtschaft — hat in der Sowjetunion eine lange Geschichte. (2)

Das hauptsächliche Problem des eingeschlagenen Weges war, daß die vertikale Arbeitsteilung, in der der Zentralstaat den Austausch zwischen den einzelnen Regionen und Republiken vermittelt, der Selbstverwaltung der Produzenten entgegenstand. Die Industrialisierung gelang, die Entwicklung der Selbstverwaltung nicht. Dennoch war es wahrscheinlich unerlässlich, diesen Weg einzuschlagen, weil der Großgrundbesitz in Rußland und den anderen Republiken zerstört und die auf dem Großgrundbesitz basierende Klasse vernichtet werden mußte. Dies wäre ohne die Errichtung zentral geleiteter Großbetriebe in der gesamten Sowjetunion und gerade auch in den allerrückstän-

digsten Gebieten unmöglich gewesen. Inzwischen jedoch ist der Übergang von der die ganze UdSSR umspannenden vertikalen Arbeitsteilung zur allseitigen Entwicklung der einzelnen Regionen, von der streng zentralisierten zur dezentralisierten Wirtschaft längst überfällig. Dies wird auch im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan deutlich.

Armenien, wo sich vor der Oktoberrevolution gerade zwei Kupfergruben, eine Kognakfabrik und mehrere handwerkliche Leder- und Schuhbetriebe befanden (5), ist bis in die jüngste Vergangenheit zu einem mittleren industriellen Zentrum und großen Industrieexporteur für den sowjetischen Binnenmarkt angewachsen. Die industrielle Produktion konzentriert sich jedoch weitgehend in Jerewan, wo riesige Betriebe vor allem der Großchemie angesiedelt wurden und wo heute schon ein Drittel der armenischen Bevölkerung lebt. Die Entwicklung in der „Provinz“ wurde vernachlässigt, nicht nur die industrielle Entwicklung, sondern auch die Entwicklung der Landwirtschaft. (7) Nur zum Teil ist ungünstigen Naturbedingungen geschuldet, daß Armenien auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln, vor allem Getreide angewiesen ist.

Auch Aserbaidschan nahm, wie schon angesprochen, an der industriellen Entwicklung teil, ist aber in der Arbeitsteilung der UdSSR Lieferant vor allem von Agrarprodukten. Zentral geförderte Bewässerungsprojekte haben die Anbauflächen seit den 20er Jahren verdoppelt. In den letzten beiden Jahr-

ten Gebieten in der transkaukasischen Region. Die unterschiedliche Interessenlage — Verringerung der Abhängigkeit der armenischen Industriezone von Nahrungsmitteln, Befriedigung des Landhunger aserbaidschanischer Bauern — ließ beide Republiken im Kampf um die Kontrolle über das Gebiet unversöhnlich aufeinanderprallen.

Nach alledem scheint, daß der Nationalitätenkonflikt zwischen islamischen Aseris und christlichen Armeniern, der eine lange Geschichte hat, einen Stadt-Land-Konflikt überlagert und verschärft, der in der jüngeren Vergangenheit herangereift ist und der ohne die allseitige und selbständige Entwicklung beider Republiken nicht gelöst werden kann.

Religiöser Nationalismus oder Selbstverwaltung?

Träger und Führer der nationalistischen Bewegungen, das sagen die Quellen übereinstimmend aus, ist die werktätige Intelligenz. Sie formiert sich teils in der Opposition: in Aserbaidschan in der Volksfront, in Armenien in der Armenischen Nationalen Front. Aber der Nationalismus beherrscht auch die kommunistischen Parteien und staatlichen Führungen in beiden Republiken.

Die nationalistischen Bewegungen können nicht verstanden werden nur als Relikte aus düsteren Zeiten. Sie sind vor allem als Antwort auf die aktuelle Entwicklungskrise, als eine Bewegungsform ihrer Widersprüche zu ver-

ten Völker unterscheidet, offen für expansionistische Tendenzen: Ein wachsender Teil der armenischen nationalistischen Bewegung sucht nicht mehr weitgehende Selbständigkeit im Rahmen der UdSSR, sondern will die Loslösung und träumt dabei von der Wiederherstellung des alten armenischen Reiches, d.h. der Einverleibung der armenischen Gebiete in der Türkei. (10)

Der aserbaidschanische Nationalismus ist stark religiös geprägt. Zumindest eine Strömung der aserbaidschanischen Volksfront erklärt die Stärkung des islamischen Einflusses in der UdSSR, die Einheit der türkischen Völker und die Befestigung des Islam zum Ziel. (11) Die aserbaidschanische nationalistische Bewegung, in der die Forderung nach Losrennung und nach einem aserbaidschanischen Großreich ebenfalls an Boden gewinnt, mag sich ausrechnen, das vergleichsweise hohe Entwicklungsniveau im Kampf um die Führung der „islamischen Welt“ und „türkischen Völker“ in die Waagschale werfen zu können.

Das Streben nach Marktpositionen birgt, wie der nationalistischen Intelligenz bewußt ist, für einen Großteil der Produzenten, vor allem für die bäuerlichen, keine Aussicht auf Besserung ihrer Lage, sondern eine Verschärfung der Konkurrenz. Deshalb verbindet sich der Nationalismus der Intelligenz mit der Religion und speziell dem Islam. Der Religion kommt dabei die Rolle des mit dem Kommunismus konkurrierenden Verteilungsprinzips zu; sie verspricht, daß man niemanden verhungern lassen wird. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Bemühungen islamischer Kreise im Süden der Sowjetunion, den Islam als die eigentliche Quelle des Kommunismus zu propagieren. (12)

Wie sich die Konflikte im Süden der Sowjetunion entwickeln werden, ist ungewiß. Der Nationalismus kann die Probleme nicht lösen. Ein die Völker ausblutender Bürgerkrieg droht. Aber dieselben Triebkräfte, die den Nationalismus hervorbringen, bringen auch das



zehnten jedoch stagniert die Entwicklung, und schon Ende der 70er Jahre zeichneten sich wie auch in anderen Agrargebieten des Südens, vor allem in Usbekistan, große Probleme im Wasserhaushalt ab.

Der Anteil der privaten Landwirtschaft ist in Aserbaidschan überdurchschnittlich hoch. Vorsozialistische Produktionsverhältnisse sind nicht gänzlich überwunden. So spielt, ähnlich wie in den anderen südlichen Sowjetrepubliken mit islamischer Bevölkerung, der Großfamilienverband auf dem Land eine nach wie vor wichtige Rolle. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Landhunger der bäuerlichen Bevölkerung zunimmt, nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und aufgrund eines Einbruchs der bäuerlichen Einkommen seit ca. 1986. Bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen in der in Armenien liegenden aserbaidschanischen Exklave Nachitschewan an der Grenze zu Iran, in deren Verlauf Parolen der „Wiedervereinigung“ mit den Aseris in Iran laut wurden, spielte die Forderung nach Land eine Hauptrolle. (8)

Zum Ausgangspunkt des blutigen Nationalitätenkonflikts wurde das autonome Gebiet Nagorny Karabach, das hauptsächlich von Armeniern bewohnt ist, aber der Verwaltung Aserbaidschans untersteht. Nagorny Karabach gilt traditionell als eines der fruchtbar-

sten. Sie richten sich gegen den Zentralismus und verlangen die Lösung der Probleme, die jener hervorgerufen hat und nicht lösen kann.

Die Armenische Nationale Front z.B. fordert ebenso wie führende Funktionäre beim Staatlichen Planungskomitee der Armenischen SSR die „Dezentralisierung der Wirtschaft in der Republik durch die Entwicklung der Provinz und die Errichtung eines Netzes von kleineren und mittleren Betrieben sowie Genossenschaften“. (7) Aber der Nationalismus zielt nicht auf Selbstverwaltung. Er hat die gleichen Triebkräfte wie das Streben nach Selbstverwaltung, aber eine andere Perspektive. Er zielt auf die Ausnutzung von Marktpositionen.

Der armenische Nationalismus sieht als „Ausweg aus der Krise“ und als Weg zur „Entwicklung der Provinz“ die „Errichtung einer freien Wirtschaftszone“. (9) Opposition und Republikführung sind sich einig: Dort habe man „das gewaltige wissenschaftliche Potential Armeniens“ einzubringen und „daraus folgend die Möglichkeit, wissenschaftsintensive Produktionsstätten zu entwickeln“. (7) Sie meinen, Positionen v.a. auf dem (Welt-)Markt für Arbeitskräfte ausnutzen zu können.

Aus diesem Grund auch ist der spezifische Nationalismus der herrschenden Intelligenz, der sich vom bürgerlichen Nationalismus und vom antiimperialistischen Nationalismus der unterdrück-

ten Streben nach Selbstverwaltung hervor. In der Entwicklung der Selbstverwaltung liegt die einzige fortschrittliche, d.h. emanzipatorische Lösung. Werden sich die Arbeiter und Bauern aus der Vormundschaft der Intelligenz befreien können?

Quellenhinweis: (1) S. Dokumente des 27. Parteitags der KPdSU, März 1986, in: Sowjetunion zu neuen Ufern. (2) Klaus von Beyme, Reformpolitik und sozialer Wandel in der Sowjetunion, Baden-Baden 1988. (3) K.v. Beyme, a.a.O.; Gorbatschow sprach im September '89 in seiner ZK-Rede „Über die Nationalitätenpolitik der KPdSU ...“ von einer „unvernünftigen Standortverteilung der Produktivkräfte“ und präziserte: „Mancherorts fehlen heute bei uns Arbeitskräfte, so daß die errichteten Kapazitäten nicht voll ausgelastet werden, wodurch die Gesellschaft große ökonomische Verluste erleidet. In anderen Regionen dagegen, vor allem in den Republiken Mittelasiens und in bestimmtem Maße auch in Transkaukasien und Moldawien, gibt es überschüssige Arbeitskräfte.“ Sowjetunion heute, Beilage, S. IV. (4) Politische Berichte 23/88. (5) W. Borodin, Die Industrialisierung der UdSSR: In welchem Interesse sie erfolgte, Moskau 1980. (6) Gorbatschow, a.a.O., S. III. (7) Wege aus der Krise, in: Sowjetunion heute 12/89. (8) SZ, 16.1.90. (9) Erwachen aus politischem Schlaf, Sowjetunion heute 12/89. (10) FAZ, 17.10.90. (11) taz, Dokumentation, 20.1.90. (12) Uwe Halbach, Perestrojka und Nationalitätenpolitik, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und intern. Studien, 38-1987. — (scc)

Internationale Umschau



Die Wirtschaftslage in Polen hat sich seit Inkraftsetzung des von den imperialistischen Gläubigern diktierten „Reformprogramms“ durch die neue Regierung drastisch verschlechtert. Die Reallöhne der Beschäftigten in den fünf größten Industriezweigen fielen im Januar durch die enorme Teuerung (60 bis 70%) auf weniger als die Hälfte. Gleichzeitig ging die Produktion durch zahlreiche Betriebsschließungen extrem zurück: die Lebensmittelproduktion fiel um 40%, die der Leichtindustrie um 30%. Erstmals seit Jahrzehnten wies die offizielle Statistik im Januar auch wieder 58 000 Arbeitslose in Polen aus. Bild: Eine der in den letzten Monaten von Kirchen, Rot-Kreuz und anderen Kräften wieder eingerichteten öffentlichen Suppenküchen für Arme. (Quelle: NZZ, 11.2.90) — (rül)

Türkei:
Todesgrube

Im Bergwerk Yenicelekt in der türkischen Schwarzmeerprovinz Merzifon starben vergangene Woche 66 Bergleute bei einer Schlagwetterexplosion. Rettungsmannschaften konnten nur zwei Verletzte und acht Leichen bergen, die restlichen Eingeschlossenen waren für sie unerreichbar, sie starben im Gas, die Stollen wurden zubetoniert. Die Grube von Yenicelekt ist verschrien als Mördergrube. In den letzten Jahren starben hier bei drei schweren Unfällen schon 176 Kumpel. Auch vor diesem Unglück gab es Warnungen der Kumpel, Proteste wegen der unzureichenden Arbeitssicherheit. Sie fruchteten nichts. „Wissend in den Tod geschickt“, schrieb die örtliche Presse dazu, und: „Lebend begraben“. — (mb)

El Salvador: Kriegsverletzte
fordern weiter Ausreise

Die 32 Kriegsverletzten der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN, die seit 71 Tagen die Kirche El Calvario besetzt halten, fordern von der salvadorianischen Regierung Cristiani erneut ihre freie Ausreise zur medizinischen Versorgung im Ausland. Unter der Duarte-Regierung wurde die freie Ausreise der FMLN-Kriegsverletzten ausgehandelt. Sie ist völkerrechtlich abgesicherter Bestandteil der Genfer Konvention, die die Cristiani-Regierung jedoch fortwährend verweigert.

Quelle: Radio Venceremos, Nachrichten-Bulletin 123, 22.1.1990 — (rül)

USA: Sieg der Bergarbeiter
über Pittston-Konzern

Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft UMW, Richard Trumka, bezeichnete den am 31.12.89 ausgehandelten neuen Tarifvertrag zwischen der UMW und den Pittston Kohlekapitalisten als „einen Sieg für unsere Mitglieder bei Pittston, einen Sieg für die UMW und einen Sieg für die gesamte Gewerkschaftsbewegung“. Der Termin der Urabstimmung ist noch immer ungewiß, weil die Bedingungen der UMW für eine Urabstimmung noch nicht erfüllt sind. Diese Bedingungen waren: (1) Pittston und die UMW ziehen alle Klagen vor der nationalen Schiedsstelle für Arbeitsangelegenheiten zurück. (2) Pittston und die UMWA ziehen alle Klagen vor Gerichten zurück, die Gerichte stellen die Verfahren ein und annullieren die Geldstrafen gegen die UMW. (3) Das Aufsichtsgremium über den Pensionsfond bei Pittston stimmt dem Vertrag zu. Bedingung (1) wurde am 9.2.90 erfüllt. Über (2) wird am 11.2.90 vor Gericht verhandelt. Einzelheiten des Vertrags sind nicht bekannt. Laut Wallstreet Journal gewann die Gewerkschaft volle Krankenversicherung für aktive Bergleute und Zahlungen der Pittston-Kapitalisten in den Krankenversicherungsfond für pensionierte Bergleute. Das war eine zentrale Forderung des nun 10-monatigen Streiks. — (ger)

Namibia: Verfassung
einmütig verabschiedet

Die verfassungsgebende Versammlung beschloß am 9. Februar ohne Gegenstimmen die neue Verfassung. Danach ist künftig jede unterschiedliche Behandlung der Einwohner auf Grund von Hautfarbe, Herkunft oder Religion verboten, alle rassistischen Gesetze sind verboten. Besonderer Schutz für Minderheiten ist nicht vorgesehen. Die ACN, eine weiße Rassenpartei, enthielt sich deshalb der Stimme bei der Abstimmung. Auch die Bemühungen der mit Südafrika kollaborierenden DTA, eine zweite Parlamentskammer und Regionalparlamente durchzusetzen, die nach Stammesgesichtspunkten besetzt werden sollten, scheiterten.

Die Todesstrafe, über Jahrzehnte ein Mittel der rassistischen südafrikanischen Besetzer zur Unterdrückung des Befreiungskampfes, ist abgeschafft. Die Verfassung enthält nur wenige soziale Festlegungen: Kinderarbeit ist verboten, die Schulpflicht gilt für alle Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr. Das Privateigentum wird garantiert, Enteignungen dürfen nur gegen eine „gerechte“ Entschädigung durchgeführt werden. Der Staat wird dazu verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Namibier ein menschenwürdiges Leben führen kann. Diese Formulierungen sind weitgehend durch die Einmischung der aus der BRD, Großbritannien, Frankreich, Kanada und den USA bestehenden Kontaktgruppe verursacht, die 1978 Richtlinien für die Verfassung beschlossen und in einem UN-Protokoll niedergelegt hatte. Die Verfassung hält ausdrücklich fest, daß die von Südafrika beanspruchte, mitten in Namibia gelegene Hafenstadt Walvis Bay Teil Namibias ist. Die verfassungsgebende Versammlung soll nun in die Nationalversammlung umgewandelt werden und am 21. März die Unabhängigkeit verkünden. — (uld)



Im weitgehend von Albanern bewohnten jugoslawischen Kosovo dauern die Protestaktionen gegen die serbische Verwaltung an. Nach Angaben des Polizeichefs der Provinz sind inzwischen 1000 Albaner festgenommen. In der Zeit vom 24. Januar bis 2. Februar seien 26 Personen ums Leben gekommen, berichtete der Polizeichef vor dem Parlament in Pristina. 200 000 Albaner hätten sich an den Demonstrationen beteiligt. Zeitweise hätten 26 000 Beschäftigte die Protestaktionen durch Streiks unterstützt. Der Streik von 2000 Arbeitern im größten Blei- und Zinkbergwerk Jugoslawiens in Stari Trg bei Titova dauere an. Der serbische Präsident Milosevic drohte mit der Entsendung serbischer Siedler und der Aufstellung von „Bürgerwehren“, wenn die Proteste nicht aufhörten. — (rül)

Kurdistan: Erneut Hinweise
für den Einsatz von Giftgas

Etwa 500 Bewohner eines Lagers von kurdischen Flüchtlingen aus dem Irak sind Anfang Februar mit schweren Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Nach Berichten leiden die Flüchtlinge unter Krämpfen, Atembeschwerden und Lähmungen. Der türkische Gouverneur von Diyarbakir versucht, die Vergiftungen zu verharmlosen: Die Flüchtlinge hätten verschimmeltes Brot gegessen. Vor ein paar Monaten war schon einmal eine Massenerkrankung von kurdischen Flüchtlingen mit der Einnahme von verschimmeltem Brot erklärt worden. Tatsächlich deuten mehrere Anzeichen darauf hin, daß die Vergiftungen Spätfolgen von Giftgaseinsätzen gegen die aus dem Irak geflüchteten Kurden sind. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet am 8.2. über den Bericht der „angesehenen(n) britische(n) Zeitung ‚The Lancet‘, die Ergebnisse von eingehenden Laboruntersuchungen von damals heimlich aus dem Militärhospital geschmuggelten Blutproben veröffentlicht“ habe: „Die Symptome ließen auf den Einsatz eines starken Nervengiftes schließen...“ So hätten die Forscher festgestellt, daß die Erkrankung „mit dem Gegengift Pralidoxim wieder aufgehoben werden konnte, was nach Ansicht der beteiligten Forscher auf den Einsatz von hochgiftigen Organophosphaten schließen läßt... Das im Zweiten Weltkrieg produzierte und im Krieg gegen die kurdische Guerilla mehrfach eingesetzte Giftgas Sarin gehört zur Gruppe der Organophosphate...“ Der Bericht endet mit dem Hinweis, daß die türkische Regierung bis heute eine internationale Untersuchung der Massenvergiftungen in den kurdischen Flüchtlingslagern verweigere. Der Grund für diese Weigerung liegt nahe: Einmal würde damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände in den Flüchtlingslagern gelenkt; zum zweiten ist die türkische Regierung nach zahlreichen Berichten direkt in die irakischen Giftgaseinsätze gegen Kurden verwickelt, weil Rohstoffe und andere Hilfsmittel für die irakische Giftgasfertigung über die Türkei geliefert wurden, und zum dritten hat die Türkei in der letzten Zeit selbst mehrfach nachweislich Giftgas gegen die kurdischen Befreiungskämpfer der ARGK eingesetzt. — (rül)

Streik bei Airbus
dauert an

Nach 13 Wochen Streik bei British Aerospace kommt die Geschäftsführung gewaltig unter Druck. Wegen der fehlenden Flügelteile aus der britischen Produktion können Airbus-Typen in den anderen europäischen Werken nicht montiert werden. Durch die Schwerpunktstreiks der britischen Arbeiter können auch in den Werken Preston und Kingston keine Kampfflugzeuge vom Typ Tornado und Harrier hergestellt werden. Die Beschäftigten fordern die 35-Stundenwoche. British Aerospace hat ein Angebot unterbreitet, das die 37-Stundenwoche vorsieht, aber gleichzeitig pro Woche vier verlängerte Arbeitsschichten. — (ros, AGM)

Wieder Massaker im Irak?

Regierungstruppen sollen 10 000 Menschen ermordet haben

Das Göttinger Halabja-Komitee berichtete Ende Januar über Nachrichten von einem neuen Massaker der irakischen Regierung. Danach sind Mitte Januar im Süden des Irak etwa 10 000 Menschen „verschwunden“. Kurz zuvor seien Berichte über bewaffneten Widerstand gegen das Regime in den südlichen Landesteilen aufgetaucht. Das Komitee schreibt in einem Flugblatt:

„In der Zeit vom 10. bis 23.1.1990 ermordete das Baath-Regime Saddam Husseins im Süden des Irak 10 000 Menschen. Die irakische Armee griff mit Unterstützung von Elitebataillons und Hubschraubern 30 Dörfer und Städte in den Provinzen Basra, Nasiriya und Amara an. Diese Nachricht wurde durch die irakische ‚Human Rights Organisation‘ in London und die Widerstandsorganisation ‚Fahne der Revolution‘ in Irak bekanntgegeben. Das Regime dementiert die Informationen über das Massaker, bestätigt jedoch, daß in dieser Region ‚Umsiedlungsmaßnahmen‘ durchgeführt worden seien. Wie die ‚Umsiedlungen‘ der irakischen Regierung aussehen, konnte man in den letzten Jahren in den kurdischen Gebieten im Norden und Nordosten sehen. Dort wurden ganze Regionen menschenleer gemacht, um dem bewaffneten Widerstand gegen die faschistische Zentralregierung die Unterstützung zu entziehen. Der Widerstand

von Seiten der Bevölkerung wurde durch das Militär brutal zerschlagen und die Einwohnerschaft ganzer Dörfer ermordet... All diese Informationen wurden von den bundesdeutschen Medien verschwiegen bzw. mit Kurzzeitsendungen abgetan. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit soll nichts über die Situation in Irak erfahren, da bundesdeutsche Firmen wirtschaftlich eng mit dem Regime Saddam Husseins zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit reicht von Waffenlieferungen, Materialien und Anlagen zur Giftgasproduktion wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau nach dem Angriffskrieg gegen den Iran bis hin zur Lieferung von Urananreicherungsanlagen und Know-how zum Bau von Atombomben. (bz 18.12.89)

Wir fordern:

— Berichterstattung über die Situation in Irak und Verurteilung der Verbrechen des faschistischen Regimes der Baath-Partei

— keine wirtschaftliche, politische oder kulturelle Zusammenarbeit mit den Baathisten

— Anerkennung aller irakischen Flüchtlinge.“

Unterzeichnet ist das Flugblatt von: Demokratische Union Irak, Fahne der Revolution — Auslandsvertretung Marxisten-Leninisten im Exil, Halabja-Komitee/Irak. — (rül)

Italien: Studentenproteste

Gegen neues Hochschulgesetz / 100 000 in Rom

Rund 100 000 Studenten und Oberschüler („die zwei Panther“) aus ganz Italien haben am 3. Februar in Rom gegen die Hochschul- und Schulpolitik der Regierung demonstriert. Vorausgegangen waren die Besetzung zahlreicher Fakultäten an vielen Hochschulen und permanente Versammlungen an Oberschulen. Ihren Ausgang hatten die Aktionen schon Ende 1989 auf Sizilien, in Palermo, genommen. Nach und nach hatten sich die Studenten von immer mehr Hochschulen des ganzen Landes angeschlossen.

Die Forderungen dieser Aktionen zielen einerseits auf die Verbesserung der Studienbedingungen und sind vielfach nicht neu: Bessere Unterrichtsräume, Bibliotheken, Laboratorien, Mensen, Wohnraum für die Auswärtigen. Der Kristallisationspunkt des landesweiten Widerstands ist aber die Ablehnung des Entwurfs eines neuen Hochschulgesetzes, den der Minister für Hochschulen und Forschung, Ruberti (Sozialistische Partei) vorgelegt hat und den der Ministerrat im Oktober 1989 gebilligt hat.

Ein zentraler Punkt der Kritik ist dabei, daß Private stärkeren Einfluß auf

die Hochschulen bekämen und daß die Privatisierung von Hochschulen zunähme, wenn die Hochschulen wie vorge-sehen selber entscheiden könnten, ob sie Einrichtungen öffentlichen oder privaten Rechts sein sollen. Daher viele Forderungen wie „Von der Schule bis zur Universität — die Privatisierung wird nicht durchkommen“, „Universität — nein danke“. In seinem Dementi hat der Präsident des Industrieverbands, Pininfarina, ein Interesse an stärkerer Einflußnahme der Unternehmen auf die Hochschulen nur bestätigt: „Diese Privatisierung will in Wirklichkeit niemand: nicht die Studenten, nicht der Minister Ruberti und sicher auch nicht die Unternehmen. Wenn wir uns aber den anderen europäischen Ländern annähern wollen, müssen wir die Beziehungen zwischen Unternehmen und Forschung verstärken.“

Unter dem Eindruck der Aktionen haben sich gewerkschaftliche Körperschaften, regional und zentral, an die studentischen Ausschüsse gewandt und eine Diskussion über die Entwicklung an den Hochschulen begonnen.

Quelle: L'Unità, div. Ausgaben — (rok)

Parteitag der KP Bulgariens

Demokratischer Sozialismus als neues Programm

Der erste außerordentliche Parteitag der bulgarischen Kommunisten liegt von der Beschluslage her ganz im Trend der Umwälzungen, die in den anderen kommunistischen Parteien bisher durchgeführt worden sind.

Zunächst bestätigte der Parteitag den Beschluß des Parlaments über die Abschaffung des in der Verfassung festgeschriebenen Parteimonopols. Weiterhin wird nun die Bildung von Plattformen und Fraktionen in der Partei gebilligt. Gegenwärtig sind drei Strömungen in der KP bekannt: die „Alternative Sozialistische Vereinigung“, „Der Weg Bulgariens nach Europa“ und das „Demokratische Forum“. Alle drei sind im weitesten Sinne sozialdemokratisch, drohten auch mit Abspaltung, wenn ihre Positionen nicht mehrheitsfähig wären. Nach neuesten Meldungen ist diese Abspaltung nun vollzogen worden.

Den Delegierten lag das schon vom ZK beschlossene Positionspapier „Manifest des Demokratischen Sozialismus“ vor, das das neue Grundsatzprogramm der Partei werden soll. Das „Manifest“ geht von der Notwendigkeit der Entstalinisierung aus, ist für die Abschaffung des demokratischen Zentralismus, für Einführung von Gewaltenteilung, bürgerlichem Rechtsstaat

und Mehrparteiensystem. Schließlich schlägt das „Manifest“ die Umbenennung der Partei vor, wobei das kommunistisch gestrichen werden sollte. Ginge die erstgenannten Punkte des Manifests auf dem Parteitag problemlos durch, so gab es zum Punkt Umbenennung großen Protest und Tumult, mit dem Ergebnis, daß die KP weiterhin KP heißen wird.

Geändert wurde auch die Organisationsform der KP. ZK und Politbüro wurden abgeschafft und durch einen obersten Parteirat mit Vorstand ersetzt. Mladenov trat als Parteichef zurück und wurde durch Alexander Lilov ersetzt. Mladenov bleibt Staatspräsident. Parallel mit der Umgruppierung in der Partei wurde die Regierung umbesetzt. Die Regierung unter Atanasov wurde vom Parlament abgewählt und durch eine Regierung unter dem bisherigen KP-Parteisekretär für Wirtschaft, Lukanov ersetzt. Als erste Maßnahme hat die neue Regierung mit sofortiger Wirkung das bisher geltende Abtreibungsgesetz aufgehoben. Die Frauen können nun in Kliniken ihrer Wahl, ohne staatlichen Erlaubnisschein, die Abtreibung vornehmen lassen. Außerdem wurden die Parlamentswahlen von November auf Mai vorverlegt. — (hav)

Am 1. und 2. Februar fand in Berlin (DDR) ein außerordentlicher Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) statt. Trotz der Angriffe oppositioneller und antisozialistischer Kräfte, die den FDGB als „verlängerten Arm der alten SED“ liquidieren wollten, stimmte die überwältigende Mehrheit der Delegierten für den Fortbestand des FDGB. Eine neue Satzung stärkt die Eigenständigkeit der Einzelgewerkschaften. Die Ergebnisse dieses Kongresses sind für die weitere Entwicklung innerhalb der DDR von nicht geringer Bedeutung. Der FDGB versucht — v.a. gegen die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie, ihrer Konzerne und Banken — an verschiedenen Punkten der ungezügelter Privatisierung und Kapitalisierung, und damit dem Einreißen erreichter sozialer Standards, Schranken zu setzen. Er hält fest an gesellschaftlich kontrolliertem Eigentum an den Produktionsmitteln, läßt aber auch privatwirtschaftliches Wirtschaften zu. Und gerade auch dort ver-

DDR: Gewerkschaftsgesetz-Entwurf und neues Aktionsprogramm des FDGB

Gewerkschaftsbund beschließt Widerstand gegen den Abbau von Rechten der Werktätigen

Bildung von Joint-ventures neu aufgenommen worden, daß sie der Zustimmung einer Vollversammlung der Vertrauensleute des betreffenden Betriebes bedürfen. Ein weiteres wichtiges Resultat des FDGB-Kongresses.

Die rund 2500 Delegierten verabschiedeten mit großer Mehrheit den Entwurf für ein Gewerkschaftsgesetz, eine neue Satzung und ein Aktionsprogramm. Der Entwurf des Gewerkschaftsgesetzes formuliert in verschiedenen Paragraphen Widerstandspositionen gegen die Schwächung von Werktätigenrechten und gegen das Eindringen imperialistischen Kapitals. Dagegen

§ 8 verpflichtet die Leitungen der Betriebe, Gewerkschaftsvertretern Einsicht in betriebliche Unterlagen zu gewähren. Außerdem haben die Leitungen Informationspflicht. Die gewerkschaftlichen Grundorganisationen haben das Recht, bei allen personellen Entscheidungen mitzuentcheiden. Ein umfassender Rechtsschutz gegen Benachteiligungen von Gewerkschaftsmitgliedern ist im § 9 geregelt.

§ 10 berechtigt die Gewerkschaften, zu allen Fragen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen Vorschläge für Gesetze in die Volkskammer und in alle Ebenen der Volksvertretungen (also auch die kommunalen) einzubringen. Gesetze, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen berühren, bedürfen der gewerkschaftlichen Zustimmung.

Mitbestimmungs-, Kontroll- und Zustimmungsrechte sind in den geltenden Arbeitsgesetzbestimmungen der DDR geregelt. Der § 11 betont einzelne Bereiche, in denen gewerkschaftliche Grundorganisationen mitzubestimmen haben: Sicherung sozialer Belange bei Produktionsänderungen jeder Art. Sie bedürfen der gewerkschaftlichen Zustimmung. § 12 erweitert diese Rechte auf alle betrieblichen (sozialen) Fonds. Die Überwachung des Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzes durch die Gewerkschaften legt § 16 fest.

Die §§ 18 und 19 sichern den Gewerkschaften bei Mißachtung ihrer Mitbestimmungs- und Kontrollrechte oder bei kollektiven Arbeitskonflikten zu, überbetriebliche Schlichtungs- und Schiedskommissionen einzuberufen. Kommt es in 15 Kalendertagen zu keiner Einigung, können Arbeitskampfmaßnahmen eingeleitet werden. Möglich sind Meetings, Demonstrationen und Streiks.

Das Streikrecht ist in den §§ 20 und 21 festgeschrieben. Streik ist zur Durchsetzung ökonomischer und sozialer Interessen erlaubt, die direkte oder indirekte Aussperrung ist verboten. Die Gewerkschaften haben das Recht, zum Generalstreik aufzurufen.

Aktionsprogramm: Initiativen und Auffangstellungen

Das Aktionsprogramm berücksichtigt und akzeptiert marktwirtschaftliche

Entwicklungen in der DDR. „Die Gewerkschaften treten für die uneingeschränkte Verwirklichung des Leistungsprinzips als unverzichtbares Handlungs- und Verteilungsprinzip in einer marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaft ein.“

Der FDGB fordert aber auch „die Lohn- und Tarifpolitik demokratisch, durchschaubar, solidarisch und verständlich zu gestalten. Der Arbeitslohn muß Hauptteinkommensquelle für die Werktätigen und ihre Familien sein und bleiben; der persönlich erarbeitete Lohn muß garantiert sein ... entsprechend dem Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ unabhängig von Alter, Religion, Nationalität, Geschlecht und Territorium.“ Der FDGB bezieht sich auf antifaschistische und humanistische Traditionen, wendet sich gegen Rassendiskriminierung, Nationalismus und Neofaschismus. Er fordert weitreichende Mitbestimmung in Betrieben aller Eigentumsformen. Das richtet sich wesentlich gegen kapitalistisches Eindringen in die Wirtschaft der DDR.

Im vierten Abschnitt „Der Kampf um soziale Gerechtigkeit wird ein Hauptinhalt der gewerkschaftlichen Interessenvertretung“ stellt der FDGB konkrete Forderungen an die DDR-Regierung und die Leitungen aller Betriebe in der DDR. Auch dieses Forderungspaket trägt dazu bei, das Eindringen imperialistischen Kapitals zu bremsen und die Lage der Werktätigen in Produktion und Reproduktion zu verbessern.

„Die Gewerkschaften treten dafür ein, daß soziale Grundwerte, wie das Recht auf Arbeit und Vollbeschäftigung, auf Bildung und Beruf, auf umfassende gesundheitliche Betreuung und Versorgung sowie auf menschenwürdige Wohnverhältnisse erhalten bleiben und schrittweise ausgebaut werden. Sie setzen sich dafür ein, daß in einem Schutzabkommen zwischen dem Bund (FDGB, d. Red.) und der Regierung rechtliche Regelungen zur Erarbeitung von Sozialprojekten bei Rationalisierungsmaßnahmen geschaffen werden.“

Der FDGB fordert, in allen Betrieben Fonds aus Kosten und Gewinnen sowie bei haushaltsfinanzierten Einrichtungen aus dem Staatshaushalt zur Absicherung betrieblicher Sozialpolitik zu bilden. Weiterhin die Integration der Behinder-

ten aller Schädigungsarten und ihrer Angehörigen in die Gesellschaft, eingeschlossen in gewerkschaftliche Arbeit auf allen Ebenen, die Schaffung und Sicherung behindertengerechter Arbeitsplätze, Bereitstellung von Ferienplätzen für Behinderte und ihre Angehörigen, die Verbesserung und Schaffung behindertengerechter Arbeits- und Lebensbedingungen in Betrieb und Kommunen.

Außerdem ein neues einheitliches Rentenrecht, das unter Berücksichtigung des auf Leistung beruhenden Beitrages der Versicherten sozial gerecht ist, und das erreichte soziale Niveau für ältere Werktätige mit gemindertem Leistungsvermögen sichert. Der Staat muß Erwerbslose finanziell und sozial sicherstellen und versorgen.

Weitere Forderungen: Erhöhung des Grundurlaubs auf 20 Arbeitstage, weitere Erhöhung des Grundurlaubs in Abhängigkeit von der Anzahl der Arbeitsjahre, Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche, Sicherung eines größeren Einflusses der Werktätigen auf die Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsrhythmus.

Ein Grundanliegen des gewerkschaftlichen Kampfes ist die sofortige Vermeidung und Beseitigung von Erschwernissen, gesundheitlichen Gefährdungen und Unfallrisiken in den Betrieben, insbesondere an Arbeitsplätzen mit hohen gesundheitlichen Belastungen, sowie die gleichzeitige und gleichberechtigte Durchsetzung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes bei der Erzeugnis- und Verfahrensentwicklung.

Die Gewerkschaften treten dafür ein, daß die vorhandenen Niveauunterschiede in den materiellen Arbeitsbedingungen zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben sowie zwischen Zuliefer- und Endproduzenten durch eine neue Investitionspolitik und bessere materiell-technische Voraussetzungen schneller gemindert werden. Außerdem müßten die Bedingungen für die Reproduktion der Werktätigen in der Freizeit zügig verbessert werden.

Der Geschäftsführende Vorstand stellte am 7.2. „Prüfsteine“ des FDGB zu den Volkskammerwahlen in einer Pressekonferenz vor. Sie orientieren sich am Aktionsprogramm der Gewerkschaften. Wesentliche Forderungen: Verhinderung von Sozialabbau, Demokratisierung der Wirtschaft, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Schutz der sozial Schwachen, Ausgleichszahlungen bei Subventionsabbau, humane und ökologisch orientierte Technologiepolitik und Bildung für alle.

Quellenhinweis: Tribüne, Zeitung der DDR-Gewerkschaften, 5.2.; Neues Deutschland, 30.1. bis 7.2. — (mal)



Gewerkschaftsversammlung in einem DDR-Betrieb

langt er Mitbestimmung und Zustimmungsrechte der Gewerkschaften. Diese sind u.a. in dem verabschiedeten Entwurf eines Gewerkschaftsgesetzes definiert. Der Entwurf soll von der Volkskammer vor den Wahlen am 18. März verabschiedet werden. Falls dies nicht geschieht, will der FDGB zum Generalstreik aufrufen. Dem FDGB gehören — trotz großer Verluste — immer noch über 8,5 Millionen Werktätige an (mehr als 50% der DDR-Bevölkerung), die in 16 Einzelgewerkschaften organisiert sind.

Ministerpräsident Modrow sagte zu, für eine zügige Behandlung des Gesetzesentwurfes einzutreten. Der FDGB ist seit dem 1. Februar auch durch einen Beauftragten in der Regierung vertreten. Auf dessen Initiative hin ist in die Durchführungsbestimmungen für die

fordert der FDGB in seinem Aktionsprogramm das Leistungsprinzip in allen gesellschaftlichen Bereichen, was eine Differenzierung der Löhne und Gehälter nach sich ziehen wird, und ein Einfallstor zur Senkung der Löhne öffnet.

Wichtige Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetz-Entwurfs

Der § 3 regelt die Tarifautonomie. Er legt fest, daß die Gewerkschaften mit allen Instanzen (Ministern, Leitern wirtschaftlicher Organe, Wirtschafts- und Unternehmensverbänden — und mit von ausländischem Kapital dominierten Firmen) Verträge und Vereinbarungen abzuschließen berechtigt sind. In § 7 ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften festgeschrieben, die Behinderung oder das Verbot gewerkschaftlicher Tätigkeit untersagt.

PSOE-Regierung nimmt Tote in Kauf!

Spanien: Seit dem 30.11. sind politische Gefangene von GRAPO und PCE/r im Hungerstreik

Seit dem 30. November 1989 befinden sich die Gefangenen aus GRAPO (Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre — Antifaschistische Widerstandsgruppen 1. Oktober) und PCE/r (Partido Comunista de España/reconstituido — Kommunistische Partei Spaniens/wiederaufgebaut) in Spanien im unbefristeten Hungerstreik. Sie kämpfen für die Wiederausammenlegung aller unter würdevollen und menschlichen Lebensbedingungen. Inzwischen — nach nunmehr über 70 Tagen Hungerstreik — sind alle Gefangenen in einem äußerst lebensbedrohlichen Zustand. Durch intravenöse Zwangsernährung wird immer wieder in den Sterbeprozess eingegriffen, das Sterben verlängert (die sog. „Koma-Lösung“, siehe Anm.). Bereits jetzt haben die Gefangenen irreparable Schäden.

Im Jahr 1981 kämpften die spanischen politischen Gefangenen mit einem unbefristeten Hungerstreik für ihre Zusammenlegung, in dessen Verlauf ein Gefangener, Juan José Crespo Gallende, starb. Die damalige UCD-Regierung unterzeichnete im Beisein und unter Vermittlung des Roten Kreuzes ein Abkommen, in dem die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und das Recht auf ein kollektives und würdevolles Leben garantiert wurde. Es entstanden große Gefangenengruppen (für die Frauen in Carabanchel und für die Männer in Soria/Almería). Sie waren und sind immer auch Beispiel dafür, wie gemeinsame Auseinandersetzung untereinander und mit den gesellschaftlichen Gruppen draußen, wie gemeinsames Leben — von zusammen-

kochen, arbeiten und diskutieren bis zu gemeinsamen Widerstand gegen Angriffe des Staates und des Knastes, organisiert und gelebt werden kann. 1987 wurde dieses Abkommen von der PSOE-Regierung gebrochen: Die Haftbedingungen verschärften sich wieder, die Gefangenen wurden nach und nach auf verschiedene Knäste des Landes zerstreut und isoliert. Nachdem auch die Gefangenen in Almería auseinandergerissen wurden, begannen diese im September 1989 einen Hungerstreik, der nach ca. 30 Tagen abgebrochen wurde, nachdem die spanische Regierung die Erfüllung ihrer Forderungen garantierte. Doch auch diesmal hielt sie sich nicht an die Vereinbarungen: Anfang November 1989 wurden sie auf über 20 Knäste zerstreut und Isolationshaftbedingungen unterworfen. Die Gefangenen entschlossen sich daher, die von der Regierung zugesagten Bedingungen wieder zu erkämpfen, und begannen im November 1989 einen unbefristeten Hungerstreik.

In der bundesdeutschen Presse wurde bis vor kurzem der Hungerstreik der spanischen Gefangenen totgeschwiegen. Erst nachdem die politischen Gefangenen in der BRD einen befristeten Solidaritätshungerstreik begannen und es in verschiedenen Städten Aktionen u.a. in/vor spanischen Konsulaten gab, wurde die Thematik in der Presse erwähnt. Der Versuch der hiesigen, weitgehend gleichgeschalteten Presse, den Hungerstreik der politischen Gefangenen in Spanien totzuschweigen, ist kein Zufall. Wie die politischen Gefangenen hier in ihren Erklärungen gesagt haben,

besteht zwischen dem Hungerstreik in Spanien und etwa dem letzten Hungerstreik in der BRD ein direkter Zusammenhang. Die westeuropäischen imperialistischen Staaten sind bestrebt, insbesondere im Hinblick auf den für 1992 geplanten „europäischen Binnenmarkt“, im Innern jeden Widerstand zu unterdrücken bzw. zu zerstören — ein wichtiger Teil dieses Widerstandes aber sind die revolutionären Gefangenen in den Knästen Westeuropas. Das auf europäischer Ebene harmonisierte Programm zur Bekämpfung des Widerstandes sieht vor, die Gefangenen entweder zur „Integration“ zu zwingen — und damit zur Aufgabe ihrer Identität — oder aber, wenn sie sich nicht zwingen lassen, sie mit Isolationshaft und zerstörerischen Haftbedingungen zu überziehen, um sie auf diese Weise mit Gewalt zu brechen. Auf eine einfache Formel gebracht heißt dies nichts anderes als: Wer nicht abschwört und damit seine Persönlichkeit selbst aufgibt, dem soll sie mittels Folter (Isolationshaft) wurde von der UNO als Folter deklariert) zerstört werden.

Dieser direkte Zusammenhang zeigt sich auch am identischen Vorgehen der Regierungen gegen die Gefangenen, auch und gerade daran, wie versucht wird, Hungerstreiks als das letzte Mittel der Gefangenen zu brechen. Ob Kriminalisierung ihrer Rechtsanwälte, eine Doktrin der „harten Haltung“ oder etwa die sog. „Koma“-Lösung — all dies fand sich in Hungerstreiks hier in der BRD, und es findet sich auch jetzt aktuell in Spanien.

Die Gefangenen kämpfen einen ge-



Von links nach rechts: Joaquín Calero, Francisco Cela und José Pedrero, politische Gefangene aus GRAPO und PCE/r im Hungerstreik.

meinsamen Kampf; sie tun dies aus ihrer Identität als politisch denkende und handelnde Menschen heraus — und sie sind auch direkt und praktisch mit den gleichen Mechanismen, den gleichen Versuchen von Bekämpfung und Vernichtung konfrontiert. So ist es auch klar, daß die Kämpfe in den einzelnen westeuropäischen Staaten sich nicht nur aufeinander beziehen, sondern daß diese auch Wechselwirkungen erzeugen: „sieg oder niederlage in spanien ist sieg oder niederlage auf dem ganzen westeuropäischen terrain. und umgekehrt: daß die spanischen genossen diesen kampf überhaupt noch einmal führen müssen, ist auch folge davon, daß wir in unserem letzten hs unsere ziele nicht erreicht haben.“ (Rolf C. Wagner, Helmut Pohl in ihrer Erklärung vom 22.01.90)

In einer Situation, wo die Lage für die Gefangenen in Spanien sehr kritisch ist, wo sich die gesamte Hungerstreiksitu-

ation sehr zugespitzt hat, ist es daher um so dringender erforderlich, daß wir uns alle hier dessen bewußt werden und daraus Konsequenzen ziehen. Insbesondere, wenn man sich vor Augen führt, daß die BRD — und damit alles, was von hier ausgeht — im Rahmen der „westeuropäischen Integration“ wohl die bedeutende Rolle übernommen hat. Wenn Internationalismus als Teil des politischen Anspruchs ernst gemeint ist, muß sich dies auch und gerade jetzt und hier zeigen. Wenn sich der westeuropäische Imperialismus formiert, müssen wir nicht nur von unserem Anspruch, sondern eben auch von dieser Realität ausgehen.

Aktuelle Informationen zum Hungerstreik der spanischen politischen Gefangenen sind regelmäßig im „Angehörigen-Info“!

Anm.: Siehe dazu die Broschüre „Von der Zwangsernährung zur Koma-Lösung“ der AnwaltInnen der politischen Gefangenen in der BRD (erschienen Sept. 1985). — (jes/jeh)

Im öffentlichen Dienst scheint Begrenzung der Arbeitsintensität durchsetzbar

Erzieherinnen in Westberlin streiken / Postgewerkschaft fordert Tarif für Personalbemessung

Westberlin/Hannover. Der Streik der Erzieherinnen in Westberlin für einen Tarifvertrag über die Personalbemessung geht in die fünfte Woche. Diese Woche läuft ein Ultimatum der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) ab, das vom Bundespostministerium Verhandlungen über einen Tarifvertrag zu Personalbemessungsvorgaben verlangt. Mit dieser Entwicklung kommt eine neue Qualität in die bereits Jahrzehnte dauernde Auseinandersetzung für mehr Planstellen im öffentlichen Dienst. Auf die kapitalistische Rationalisierung im öffentlichen Dienst mit den diversen Haushaltsstrukturgesetzen als Markstein reagierten die Beschäftigten mit Forderungen wie „keine Stellenstreichungen“ oder „mehr Planstellen“. Diese Forderungen wurden an die jeweiligen Träger der öffentlichen Einrichtungen (Bund, Länder und Gemeinden) gerichtet. Diese traten den öffentlich Beschäftigten als „Anwalt des

ganzen Volkes“ und dessen vermeintlichem Interesse an einem billigen Staat entgegen. Der Widerstand gegen die Haushaltsstrukturgesetze endete jeweils mit gravierenden Niederlagen. In der Folge wurden die Arbeitsbedingungen, insbesondere das Arbeitstempo, ins Unerträgliche gesteigert. Was lag in dieser Situation näher, als tarifvertragliche Regelungen über die Menge der zu verausgabenden Arbeitskraft zu fordern? Die Dienstherren lehnten solche Verhandlungen mit verfassungsrechtlichen Vorwänden ab, da die Tarifparteien durch Verträge über Personalbemessung in Hoheitsrechte der Kommunen eingreifen würden. Juristisch ist diese Auseinandersetzung noch nicht entschieden. Der Streik der Westberliner Erzieherinnen und der sich abzeichnende Streik bei der Post können aber zu einer politischen Entscheidung dieser Auseinandersetzung maßgeblich beitragen. — (har, kar)



Bereits seit dem 15. Januar streiken über 90% der Beschäftigten der Westberliner Kindertagesstätten für einen Tarifvertrag, der die Personalbesetzung erhöht.

Zu Beginn des letzten Jahres legten ÖTV und GEW noch dem alten Senat den sogenannten Kita-Tarifvertragsentwurf vor (siehe Kasten). Er ist das Ergebnis jahrelanger Diskussion und — was grundlegende Veränderungen anbelangt — erfolgloser Aktionen. Nach zwanzig Jahren Erfahrungen mit Versprechungen der Parteien einerseits und konkreten Verschlechterungen durch Senatspolitik andererseits bestehen die Beschäftigten auf dem Abschluß eines Tarifvertrages über Personal- und Leistungsbeurteilung.

Nach anfänglichen Warnstreiks im November ergab die Urabstimmung unter den ca. 5000 Erzieherinnen und Erziehern der 396 bezirklichen Kitas 95,9% für Streik; eine erste Streikwo-

che folgte noch im Dezember. Seit dem 15. Januar befinden sich die Beschäftigten im unbefristeten Streik. Mittlerweile handelt es sich um den längsten Streik im öffentlichen Dienst in Westberlin. Und nicht nur das ist eine Besonderheit. 95% der Streikenden sind Frauen. Die gewerkschaftliche Organisation beträgt nahezu 90% — ein Organisationsgrad, der sonst nur in den sogenannten Eigenbetrieben (Verkehrsbetriebe, Stadtreinigung u.ä.), also Arbeiterbereichen, erreicht wird. Die Beteiligung hat sich seit Beginn des Streiks ständig erhöht. Beteiligt sind an den Warnstreiks schon 316 von 396 städtischen Kitas, so steigerte sich dies auf 370 (93%). Die Presse verhält sich eher zurückhaltend, sogar die Springer-Press-

se. Lediglich der senatseigene SFB berichtet tendenziös, was ihm kräftig Kritik einbringt. Es gelingt so gut wie nicht, Eltern gegen Streikende aufzuwiegen. Der Versuch des Senats, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegeneinander auszuspielen, mißlingt ebenfalls gründlich.

Am bemerkenswertesten jedoch ist folgendes: Es ist die erste (Tarif-)Auseinandersetzung seit langem, in der es nicht um einen Abwehrkampf geht. Es geht um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und damit Verbesserungen in der Betreuung der Kinder. Es ist ein offensiver Kampf, mit dem sich erstaunliche Kräfte mobilisieren lassen. Nicht nur die der Beschäftigten selbst, sondern insbesondere auch der (mitbetroffenen) Eltern und die Solidarität der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und anderer Branchen. Nicht zuletzt zeigt sich dies in den hohen Beteiligungen bei Kundgebungen

und Demonstrationen. Dabei sind die politischen Bedingungen alles andere als günstig. Gegen einen SPD/AL-Senat zu kämpfen, der auch noch gespalten ist, erfordert besondere Überzeugungskraft. Insbesondere dann, wenn von dieser Seite mit Hinweis auf die all-gemeinpolitische Situation (Aus- und Übersiedler) „Verantwortung für das Ganze“ (aus einer Senatsanzeige) verlangt wird.

Auch wenn noch nicht entschieden ist, ob und mit welchem Inhalt ein Tarifvertrag zustandekommt, diese Erfahrungen lassen sich nicht mehr wegdiskutieren. Selbst wenn jetzt von den

Gewerkschaften erklärt wird, „daß durch den anzustrebenden Tarifvertrag keine Präjudizwirkung auf andere Verwaltungsbereiche beabsichtigt ist und darüber hinaus das Budget- und Kontrollrecht des Abgeordnetenhauses nicht in Frage gestellt“ wird, ändert dies nichts an der Tatsache, daß es sich hier um eine beispielhafte Auseinandersetzung handelt, bei der die Interessen der Erzieherinnen und Erzieher einerseits und der Eltern andererseits verbunden werden konnten. Warum soll man sich nicht ähnliches vorstellen können für Arbeitsämter, Sozialämter, Krankenhäuser usw.?

„Arbeit darf nicht kaputt machen“

Deutsche Postgewerkschaft kämpft für einen Tarifvertrag zur Personalbemessung

Seit einem Jahr fordert die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) vom Bundespostministerium (BPM), darüber zu verhandeln, daß alle Vorgaben zur Personalbemessung, die auf die Belastung der Beschäftigten Einfluß haben, tarifvertraglich festgelegt werden. Bisher hat das BPM Verhandlungen darüber abgelehnt. Die DPG hat das BPM deshalb ultimativ aufgefordert, sich bis zum 15. Februar zu Verhandlungen bereitzuerklären.

Bereits 1982 hatte die DPG dem Postministerium einen entsprechenden Tarifvertragsentwurf vorgelegt. Das Postministerium war auch damals nicht einmal zu Verhandlungen bereit. 1985 forderte die DPG für die Beschäftigten der Linien- und Zeichenstellen, Zeitzuschläge für Erhol- und persönliche Verteilzeiten tarifvertraglich festzulegen. In einer vom BPM geführten gerichtlichen Auseinandersetzung erklärten das Arbeitsgericht und das Landesarbeits-

gericht Frankfurt die Forderung der DPG für tariffähig. Das BPM hat gegen dieses Urteil Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Es will den Widerstand der Postbeschäftigten gegen die unmenschliche Leistungsverdichtung mit politischer und juristischer Gewalt unterdrücken. Auf dem DPG-Gewerkschaftstag 1989 wurden deshalb die Weichen auf Streik gestellt.

Die Forderung nach einem Tarifvertrag über Personalbemessung hatte die DPG neuerlich auf die Tagesordnung gesetzt, als das BPM letztes Jahr einseitig die Erhol-, Verteil- und Nebenzeiten kürzte, wodurch 13000 Arbeitsplätze wegrationalisiert werden sollten. In die „Dienstweisung Bemessung bei den Ämtern“ aus dem Jahre 1971 waren diese Zeitzuschläge auf Initiative des Hauptpersonalrats eingerechnet worden, um die Beschäftigten vor Überlastung zu schützen, pro Acht-Stunden-Tag 7% Erholzeit (30 Minuten), 5%

für persönliche Bedürfnisse (20 Minuten), 3% sachliche Verteilzeit (12 Minuten); wöchentlich eine Stunde Nebenzeit für das Lesen von Verfügungen und die Teilnahme an Dienstunterricht. Gegen die Kürzung dieser Zeiten um jeweils einen Prozentpunkt hatte der Hauptpersonalrat Einspruch erhoben. Die Einigungsstelle hatte empfohlen, die Kürzung auf insgesamt ein Prozent zu reduzieren. Doch nicht einmal an diese Empfehlung der Einigungsstelle hielt sich das BPM, sondern setzte sich eine 1,5%ige Kürzung für 1989 zum Ziel. Die Mittel des Personalvertretungsrechts sind damit erschöpft, ohne Einsatz gewerkschaftlicher Kampfmittel kann der ständigen Leistungsverdichtung kein Einhalt mehr geboten werden. Deshalb fordert die DPG eine tarifvertragliche Regelung und will damit die Möglichkeit eröffnen, die Personalbemessung zu einer streikfähigen Angelegenheit zu machen.



Die noch heute gültigen Anhaltszahlen für das Krankenpflegepersonal stammen aus dem Jahre 1969. Seitdem haben sich Krankenhäuser und Krankenkassen auf keine neuen Anhaltszahlen geeinigt. Nur in den zwischen einzelnen Krankenhäusern und Krankenkassen geführten Pflegesatz- bzw. Budgetverhandlungen wurden zumindest die Arbeitszeitverkürzungen teilweise berücksichtigt. So gut wie keine Berücksichtigung fanden aber Leistungssteigerungen, die mit der Entwicklung heutiger Diagnostik und Therapie einhergingen, die in der Verkürzung der Verweildauer der Patienten begründet liegen oder durch die schwereren Krankheitsbilder verursacht wurden. So wurde der heutige Personalnotstand in den Krankenhäusern herbeigeführt. Die Deutsche Krankenhaus Gesellschaft fordert erst seit 1985 neue Anhaltszahlen, die Krankenkassen weigern sich. Die Gewerkschaft ÖTV fordert, daß deshalb der Bundesarbeitsminister auf dem Verordnungswege neue Anhaltszahlen in Kraft setzt. Damit würde die Quantität der zu verausgabenden Arbeitskraft von der Exekutive diktiert. Ohne tarifliche Regelung der Personalbemessung wird die unmenschliche Überarbeit des Pflegepersonals nicht zu mildern sein.

Zusatztarifvertrag zum BAT zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Angestellten im Erziehungsdienst in den Berliner Kindertagesstätten (Auszüge)

§ 3 Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage ist — soweit dieser Vertrag nichts anderes festlegt — die einzelne Kindertagesstätte und die dort vorhandenen Gruppen.

§ 4 Gruppenfrequenzen und Raumangebot

a) die Gruppen bestehen aus

- I. in der Liegegruppe aus 6 Plätzen
 - II. in den Laufgruppen aus 8 Plätzen
 - III. im Kindergarten und Hort aus 12 Plätzen
 - IV. in Sondergruppen
 1. für Geistigbehinderte aus 6 Plätzen
 2. für Körperlich-, Gehör- und Sprachbehinderte aus 6 Plätzen
 3. für seelisch Behinderte und Gruppen in sozialen Brennpunkten aus 8 Plätzen
- Ausnahmen bei schwerst mehrfach Behinderten werden im Einzelfall festgelegt.
- III. in gemischten Gruppen entsprechend den Anteilen

b) Für die Raumausstattung gelten die in den Entwürfen von 1980/82 zu den Kita-Ausführungsvorschriften aufgestellten Werte als Mindestmaß. In Einrichtungen, in denen dieser Wert

Dokumentiert: Tarifvertrag über Arbeitsbedingungen

nicht erreicht wird, ist die Gruppenstärke entsprechend zu senken.

§ 5 Personalbemessung

a) Die Regelpersonalbemessung beträgt bei 235 Öffnungstagen pro Jahr mit 11,5 Öffnungsstunden pro Tag und einer Tarifarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche für Krippe, Kindergarten mit Vorschule und in Sondergruppen 2,32 pädagogische Fachkräfte pro Gruppe. (Berechnung s. Anlage I)

b) I. Leiter(innen) von Kindertagesstätten werden für Leitungsaufgaben von der Gruppenarbeit freigestellt.

c) Als Zusatzkräfte werden pro 4 Kindertagesstätten 1 Berater(in), entsprechend den Kita-Berater-Personal-Vorschriften, und 1 Facherzieher(in) für Gymnastik, Musik, Bewegungserziehung etc. eingesetzt.

§ 6 Fort- und Weiterbildung

Pädagogischen Fachkräften wird nach mindestens zehnjähriger Tätigkeit im Erziehungs- und Sozialdienst die Möglichkeit gegeben,

a) durch Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Verwaltungslehrgängen) bei Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Bezüge in anderen Bereichen der Verwaltung entsprechend ihrer bisherigen Vergütungsgruppe tätig zu werden, oder

b) durch Lehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife und Studium an einer Fachhochschule für Sozialarbeit/Sozialpädagogik, bei Beurlaubung mit 50% Fortzahlung der bisherigen Bezüge, Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagoge(in) zu werden; die Weiterbeschäftigung als Sozialarbeiter(in)/Sozialpädagoge(in) wird gewährleistet.

Anlage I — Personalbemessung

A. Netto-Arbeitszeitberechnung für pädagogische Fachkraft in Kindertagesstätten

(Der TV-Entwurf errechnet Netto-Jahresarbeitsminuten von 55687 — im Gegensatz zu 90000 des Senats. Dabei werden vor allem realistische Anhaltszahlen für Krankheit, Mutterschutz, Freistellungen für Fort- u. Weiterbildung, Vor- und Nachbereitungszeiten sowie für Elternabende und Dienstbesprechungen veranschlagt. Dadurch, daß diese Anlage Teil des Tarifvertrages werden soll, muß zukünftig bei Arbeitszeitverkürzung

und/oder Urlaubsverlängerungen ein Personal-ausgleich erfolgen. — d. Verf.)

B. Regelpersonalbemessung

1. Krippe, Kindergarten mit Vorschule, Sondergruppen

Kernzeit: 235 Öffnungstage à 8 Std. (8—16 h) à 60 Minuten
= 112800 Min.
+ Bringe- und Holzeit: 235 Öffnungstage à 3,5 Stunden (6.00—8.00 und 16.00—17.30 Uhr) à 60 Minuten zu 33 %
= 16450 Min.
= Notwendige Betreuungszeiten/Jahr: 129250 Minuten
/ Netto-Jahresarbeitsminuten (55697)
= Personalbedarf an Fachkräften/Gruppe: 2,32

2. Hort

Kernzeit: 235 Öffnungstage à 5 Std. (11—16 h) à 60 Minuten
= 70500 Min.
+ Holzeit: 235 Öffnungstage à 1,5 Std. (16—17.30 h)
+ Bringezeit: 235 Öffnungstage à 5 Std. (6—11 h) zu 30 % à 60 Minuten
= 27495 Min.
= Notwendige Betreuungszeit/Jahr: 97995 Minuten
/ Netto-Jahresarbeitsminuten (55697 Min.)
= Personalbedarf an Fachkräften/Gruppe: 1,76

Protestmarsch am 30.1.

Gegen Faschismus, Nationalismus und Rassismus!

Würzburg. Am 30. Januar, dem 57. Jahrestag der Machtübergabe an den Hitlerfaschismus, beteiligten sich in Würzburg über 500 Menschen an einem Protestmarsch. Auf den „Aufruf zur Gegenwehr“ hatten sich sehr viele unterschiedliche Organisationen einigen können: Die IG Medien, IG Metall, NGG, BSE, GGLF, DGB-Kreis Würzburg, IAF, VVN, DKP, Chile-Komitee, Azania-Komitee, Würzburger Friedensinitiative, Bezirksjugendwerk der AWO Unterfranken, Bund für Geistesfreiheit, Autonome, Bunte Hilfe Nordbayern, Die GRÜNEN, Arbeitskreis Maizeitung, BWK, Volksfront, DFG/

Demonstration zu teilen, indem sie das Transparent der Autonomen mit der Aufschrift „Kein Europa der Vaterländer — Kein Vaterland Europa — Überhaupt kein Vaterland — Deutschland verrecke“ beschlagnahmte, weil es angeblich strafrechtlich verboten sei. Zwar konnte die Beschlagnahmung und die Aufnahme von Personalien nicht verhindert werden, aber der Protestmarsch ging geschlossen weiter.

Die Abschlussskundgebung wurde eingeleitet von einer Solidaritätsadresse der Würzburger Metallbetriebe. Hauptredner auf der Kundgebung war Bernt Engelmann, Schriftsteller in der IG



Über 500 demonstrierten in Würzburg gegen ein „Viertes Reich“.

VK, Buchladen Neuer Weg. Folgende Forderungen enthielt der Aufruf: Keine Verharmlosung nationalsozialistischer Verbrechen! Hände weg von der Westgrenze Polens! Anerkennung der DDR und DDR-Staatsbürgerschaft! Gleiche Rechte für alle! Gleichbestimmung und Selbstbestimmungsrecht der Frau! Volle Presse- und Meinungsfreiheit! Uneingeschränktes Koalitions- und Streikrecht, Tarifautonomie! Menschenwürdige Lebensbedingungen für alle!

In der Presse wurde der Protestmarsch schon in der Vorankündigung verkürzt als Demonstration „gegen die Wiedervereinigung“ gehandelt. Obwohl die HBV mit der Begründung, man könne nicht gegen die Wiedervereinigung sein, sich gegen den Aufruf wandte, hat der DGB-Kreis Würzburg den Aufruf mehrheitlich unterstützt. Die Studentische Liste, die zu den Kommunalwahlen kandidiert, unterstützte zwar nicht den Aufruf, aber den Protestmarsch als Demonstration zur Gegenwehr. Grußadressen von den Betrieben Vogel-Verlag und Karosseriefabrik Voll sowie von den Fachschaften der Uni Würzburg wurden an die Kundgebung geschickt. Kurz nach Beginn des Zuges versuchte die Polizei die

Medien, unter Hitler als Mitglied einer Widerstandsgruppe von der Gestapo verhaftet und u.a. im KZ Dachau bis zum Kriegsende inhaftiert. Er richtete einen eindringlichen Appell gegen jede Vereinnahmung durch „nationale Besoffenheit“ und warnte vor den Bestrebungen einer „Wiedervereinigung“ und erneuten Reichsgründung: „Wir dürfen uns auch nicht, glaube ich, gerade in diesen Wochen der — ich kann es nicht anders nennen — nationalen Besoffenheit dazu hinreißen lassen, dieses (die Wiedervereinigung, d. Verf.) auch noch zu unterstützen... Damit finge es an. Das nächste wäre der Anschluß Österreichs. Und dann heißt es: Lichtenstein heim ins Reich und Luxemburg und weiß der Teufel, wer sonst noch... Es geht bei allen diesen Dingen — ob im ersten, im zweiten Weltkrieg oder auch bei der Errichtung der Nazi-Diktatur — doch um etwas ganz anderes. Diese nationale Besoffenheit wird immer nur vorgeschoben von den Interessenten... Alle wirtschaftlichen Vorteile herausheben — darum geht es, um nichts anderes. So ist es immer gewesen, bei allen Kriegen und bei allen Eroberungen: nichts als nacktes Profitstreben... (Auszug aus der Rede). — (nir)

Gegen Sondergesetze — Völlige Gleichberechtigung!

Westberlin. Rund 3000 Leute beteiligten sich am 3.2. an einer Demonstration gegen die Novellierung der Ausländergesetze. Zahlreiche Ausländergruppen und antifaschistische Zusammenschlüsse hatten dazu aufgerufen. Angegriffen wurden die gesetzlichen Verschärfungen wie Rotationsautomatik, politische Betätigungsverbote, Ausweisungsgründe und zentralisierte Abschiebung von Flüchtlingen. Gefordert wurde die Beseitigung jeglicher Ausgrenzungsgesetze und gleichberechtigtes Zusammenleben. Polnische Staatsbürger beteiligten sich mit Transparenten gegen ihre Diskriminierung in Westberlin. Von der AL war nichts zu sehen. Ein Transparent der Gewerkschaft GGLF forderte Wahlrecht. Ein Bündnis (an dem auch AL und DGB interessiert sind) plant die Fortsetzung der Tätigkeiten. — (ard)

Keine Abschiebung von Kurden aus Bayern!

Lindau. In Bayern wird eine zunehmende Zahl kurdischer Flüchtlinge aus der Türkei von Abschiebung bedroht. Der Münchner und der Bayer. Flüchtlingsrat sowie die Grünen im Landtag protestieren dagegen und fordern Bleiberecht. Dazu kommt die Not der kurdischen Flüchtlinge, die von Schlepperorganisationen von Österreich über die „grüne“ Grenze am Rhein in die BRD verbracht und von der bayerischen Grenzpolizei in Lindau zurückgewiesen werden. Ein Seminar des Bayer. Flüchtlingsrates vom 2. - 4.2.90 in Lindau hatte deshalb die Lage in Türkisch-Kurdistan sowie die Zusammenarbeit der Flüchtlingshilfsorganisationen BRD-Österreich-Schweiz zum Inhalt. Zeitweise waren 90 Menschen anwesend. Bei ca. 50 Anwesenden wurden am 4.2. eine Grußadresse an die Angeklagten/Verteidiger im Düsseldorf-Prozess und eine Resolution, die u.a. Einstellung der Militärhilfe an die Türkei fordert, verabschiedet. — (lsc)

Solidaritätskundgebung für spanische politische Gefangene

Nürnberg. Auf Initiative des Infobüros führten am 31.01. etwa 40 Menschen in der Innenstadt eine Kundgebung durch zur Solidarität mit dem Hungerstreik der spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) sowie der baskischen ETA. Die Erklärung der Gefangenen vom 30.11.89 wurde verlesen, in der sie die von der PSOE-Regierung verfügte Rücknahme erkämpfter Haftverbesserungen angreifen und ihre Wiederzusammenlegung verlangen. Des weiteren wurden Solidaritätserklärungen politischer Gefangener in der BRD vorgetragen, die die Rolle der BRD als „reaktionäres Zentrum Europas“ hinsichtlich der Haftbedingungen herausarbeiten. — (ola)

Widerstand gegen Folienfraß und Residenzzwang

Kempten. Am 20.1. fand mit 50 Menschen — Flüchtlingen und Mitgliedern des Arbeitskreises Asyl, „Solidarität 3.Welt“, den GRÜNEN u.a. — eine symbolische Überschreitung der Kemptener Stadtgrenze statt. Das Asylverfahrensgesetz untersagt Asylbewerbern, den Bereich der zuständigen Ausländerbehörde zu verlassen, in Kempten das Stadtgebiet. Der Arbeitskreis Asyl nennt als Ziele der Aktion: Öffnung der Stadtgrenzen, Arbeitslaubnis, schnellere Bearbeitung der Asylanträge, Selbstverkauf von Lebensmitteln, keine Sammellager! In einer Stellungnahme heißt es: „Bayern ist das einzige Bundesland, in dem Asylbewerber kein Bargeld bzw. Gutscheine für den Einkauf von Lebensmitteln erhalten. Die Versorgung mit Paketen widerspricht humanitären Grundsätzen. Die Bundesrepublik (trägt) durch ihre... Beziehungen zu den Ländern der 3. Welt Verantwortung für die Not.“ Die Bezirksregierung von Schwaben antwortete: Laut Bundessozialhilfegesetz sei „grundsätzlich Gemeinschaftsverpflegung zu gewähren“, es solle „der wirtschaftliche Anreiz zu Mißbrauch des Asylrechts eingeschränkt werden“, das Geld sei oft für „Luxusgüter“ verjubelt worden.

Verhandelt wurden Aufenthaltsbegrenzung, Arbeitsverbot und Verpflegung auch im Stadtrat. Die SPD: Zu teuer, zu bürokratisch. OB Höß piffte einen CSU-Freund zurück, der beantragte, der Stadtrat solle bei der Bezirksregierung vorstellig werden. Die Stadt sei nicht zuständig, Unterbringung und Versorgung sei Bundesgesetz. Das ist falsch. Dafür ist die Bezirksregierung verantwortlich. — (die)

Rechtswidriger Polizeieinsatz: „Normal ist Normal“

München. In einer Verhandlung am 25.1.90 erkannte das Verwaltungsgericht München die Personalienfeststellung von 104 Gästen am 8.11.88 in der Münchner Szenekneipe „Cafe Normal“ für rechtswidrig. Das „Cafe Normal“, sei kein „verrufter Ort“, was für die Polizei als Begründung für den Überfall hergehalten hatte. Nach dem Überfall war das „Cafe Normal“ außerdem Schikanen des Kreisverwaltungsreferates (KVR) ausgesetzt, das z.B. die Entlassung des Kellners, der sich dem Sturm des Unterstützungskommandos (USK) entgegengestellt hatte, verlangte. Jetzt wurde festgestellt, daß der Kellner in Vertretung der Wirtin rechtmäßig das Hausrecht ausübte. Existenzbedrohende Abmahnungen des KVR haben nun keine Grundlage mehr. (Münchner Lokalberichte 3/90) — (chl)

Antifaschisten sollen angeklagt werden

Konstanz. Sechs Leute haben Ende Januar Vorladungen zur Kriminalpolizei erhalten. Ihnen wird vorgeworfen, Polizeibeamte beleidigt zu haben. Mehrere 100 Menschen demonstrierten im November 1989 in Konstanz anlässlich des Todes einer Göttinger Antifaschistin. Dabei verglichen Teilnehmer in Sprechchören das Vorgehen der Göttinger Beamten mit Mord. Außerdem wurde auf die bekannten Sympathien für faschistische Ideologie im Polizeiparagrafen hingewiesen. Daraufhin hatte Kripochef Schöpflin Anklagen wegen Beleidigung angekündigt. Das Ganze ist offenbar geplant gewesen; Polizeibeamte informierten über Funk die Einsatzleitung ständig über die Parolen. — (jüg)



Stuttgart. 800 bis 1000 demonstrierten am 3.2. gegen den Anschluß der DDR und Versuche, ein Viertes Reich zu errichten. Transparente wie „Ausländische und deutsche Bosch-Kollegen: Nein zu Großdeutschland! Anerkennung der Nachkriegsgrenzen!“, „Anerkennung der DDR! Kein Viertes Reich!“ oder „Neapel bleibt unser — Deutschland in den Grenzen von 1228“ brachten das zum Ausdruck. — (evc)

Faschistischer Sammlungsversuch und Widerstand

Antifaschistische-Gruppe an der Universität Hamburg gegen Aktivitäten der Gruppe 146

Hamburg. Im letzten Jahr hat sich an der Universität eine Gruppe 146 gebildet. Ihr Programm ergibt sich vorerst aus dem Namen. Artikel 146 des Grundgesetzes besagt, daß

das Grundgesetz seine Gültigkeit verliert, wenn „eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Nachdem die Arbeitsgemeinschaft für revolutionäre Hochschulpolitik in Hamburg versucht hatte, sich über die Gruppe schlau zu machen, aber nicht viel herausfand, beschäftigte sich auch die neu gegründete Hochschul-Antifa mit diesem Verein. Die Schwierigkeiten bestanden darin, den genauen Charakter der Gruppe (faschistisch oder „nur normal bürgerlich-nationalistisch“) herauszufinden.

Die Gruppe 146 zog und zieht es nämlich aus gutem Grund vor, ihre weiteren politischen Absichten zu verheimlichen. Die reaktionären Kräfte haben es in Hamburg bislang nicht geschafft, bedeutende Studentenorganisationen aufzubauen. Im letzten Jahr ist die DVU-Hochschulgruppe an der Zulassung gescheitert — wegen offensichtlicher Ausländerfeindlichkeit.

In dieser Situation besuchte die Antifa Ende letzten Jahres eine Veranstaltung der Gruppe 146 zu „Linker Deutschlandpolitik“. In einem Flugblatt zu der Veranstaltung forderte die Gruppe die Zulassung aller Parteien in der BRD und DDR — also auch einer Nazi-Partei.

Weiterhin fanden sich „nationalrevo-

lutionäre“ Parolen wie „gesamtdeutsche Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung“ und „Mißbrauch“ von BRD und DDR durch die „Siegermächte“. Die Antifa verhinderte den Beginn der Veranstaltung und fragte, welche Position die Gruppe zu Ausländern bezieht. Der Sprecher der Gruppe verweigerte jede Auskunft, weil das nicht ihr Thema sei.

Im weiteren Verlauf wurde ein gewisser Reinhold Oberlercher gegen einen Antifaschisten handgreiflich, worauf die Geschichte knapp an einer Saalschlacht vorbeiging.

Nach dieser Erfahrung kümmerte sich die Antifa intensiver um die Gruppe. Es gelang ihr, Informationen über Oberlercher zu bekommen, der zumindest einer der Ideologen der Gruppe zu sein scheint. Danach vertritt zumindest Oberlercher offen faschistische Positionen, so z.B. schon 1986 im „Jungen Forum“. Dort schrieb er u.a.:

Jede soziale Frage habe immer nur eine nationale Lösung. Die EG müsse, mit dem Rückgrat eines wiederhergestellten Deutschen Reiches, militärische Supermacht werden, die ihre angestammte Ordnungsaufgabe in Afrika

und Nahost wahrzunehmen in der Lage ist. Und er empfahl zur „Verknappung des Faktors Arbeitskraft“ den Zwangsexport der importierten ausländischen Arbeitskraft... In der relativ neuen neofaschistischen bzw. nationalrevolutionären Zeitschrift schrieb Oberlercher 1989 einen Artikel zu „Ochlokratie — Pöbelherrschaft und schwacher Staat als Zersetzungsform“.

Am 19. Januar dieses Jahres kam es zur bislang größten Veranstaltung der Gruppe 146 an der Universität, für die sofortige Wiedervereinigung — und zur größten Auseinandersetzung mit den antifaschistischen Kräften. Angesichts dieser Geschehnisse erhielt die Antifa-Gruppe eine mündliche Zusage eines Mitglieds des Hochschulpräsidiums, daß die Gruppe 146 für weitere Veranstaltungen an der Universität keine Räume mehr zur Verfügung gestellt bekommt. Die Hochschul-Antifa forderte deshalb:

1. Einhaltung der Zusage — Keine Räume für Faschisten!
 2. Lehrverbot für Oberlercher!
 3. Rücknahme der Zulassung der Gruppe 146 als studentische Vereinigung.
- (anw)

Vom Zeugenstand in den Knast?

2. Auflage des KOMM—Knarren—Prozesses in Nürnberg

Nürnberg. Am 14. Februar findet die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth gegen einen Besucher des selbstverwalteten Jugendzentrums KOMM statt. Clemens war im März vergangenen Jahres von einem zivilen Polizeibeamten mit der Pistole bedroht worden und hatte diesen daraufhin aufgefordert: „Feiger Scheißer, nimm die Waffe weg, die brauchst Du hier nicht“. Er wurde deshalb am 5. September 1989 vom Amtsgericht zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt. Schlagzeilen machte dieses Verfahren, weil zwei Zeugen, die den Waffeneinsatz bestätigten, noch im Gerichtssaal wegen Verdachts auf Meineid verhaftet und in U-Haft genommen wurden! Es konnte gerade nur erreicht werden, daß der Haftbefehl mittlerweile ausgesetzt ist.

Bei der Neuauflage geht es nun nicht nur um Clemens, sondern auch um die Bedrohung der Zeugen des Vorfalls mit Gefängnisstrafe. Was war vorgefallen? Nach einem Konzert am 11. März 1989 verließ eine Gruppe von Leuten das Jugendzentrum, in dem zu dieser Zeit gerade die Solidarisierung mit dem Hungerstreik der RAF-Gefangenen anlief. Polizeibeamte der Nürnberger „zivilen Einsatzgruppe“ belästigten, ohne sich zu erkennen zu geben, mit dem Auto die Gruppe. Es kommt zu einem Streit,

bei dem das Auto leicht beschädigt wird. Die Zivilpolizisten verfolgen daraufhin eine Frau aus der Gruppe ins KOMM. Während der eine der Beamten die Flüchtenden durch die Gänge nachsetzt, zielt der andere der beiden mit seiner Schußwaffe abwechselnd auf den Kopf von zwei Konzertbesuchern, die wegen dieses Vorfalls wieder zurück ins KOMM gegangen waren. Mehrere Beobachter — immer noch unwissend, Zeuge eines Polizeieinsatzes gewesen zu sein — gehen danach zu Polizeidienststellen. Zwei Aussagen werden zu Protokoll genommen und später im Prozeß wiederholt.

Bei der neuen Verhandlung geht es nun entscheidend auch darum, ob das Gericht weiterhin der abenteuerlichen Polizeiversion des Vorfalls (nach der dem verfolgenden Beamten die Knarre aus dem Halfter gehüpft und vom Kollegen nur aufgehoben, aber nicht gegen Personen gerichtet worden sein soll) „Glauben“ schenkt. Denn das bedeutete, daß die Justiz der Polizei signalisierte, daß sie grundsätzlich Polizeiübergriffe zu decken bereit ist, auch wenn es um einen schlecht begründbaren Waffeneinsatz gegen Konzertbesucher geht. Andererseits steht dann mit einem Bein im Gefängnis, wer auch nur zum Augenzeugen derartiger Übergriffe wird. — (mas)

Firma gerettet, Chef geflüchtet

Firmenbesitzer setzt sich nach Pleite nach Südafrika ab

Konstanz. Nachdem Joachim von Schuckmann die ABA Schleifmaschinenfabrik in Aschaffenburg in die Pleite geführt hatte, kaufte er vor sechs Jahren die Schleifmaschinenfabrik Gaub in Markdorf. Er zog so viel Geld aus der Firma, daß die Schulden Ende 1989 8 Mio. DM betrugen. Die Belegschaft mußte teilweise bis zum 15. des Folgemonats auf die Löhne warten. Die einbehaltenen Anteile der vermögenswirksamen Leistungen wurden bis zu acht Monate lang nicht weitergeleitet. Als die Oktoberlöhne wieder nicht rechtzeitig gezahlt wurden, demonstrierten die 56 Arbeiterinnen und Arbeiter vor der Firma. Nachdem klar war, daß die Löhne am Vortrag überwiesen worden waren, wurde der Streik abgebrochen.

Etwa zur gleichen Zeit kam es zu Schwierigkeiten in der Produktion, weil Lieferanten kein Material mehr lieferten oder bereits geliefertes Material wieder abholten, nachdem es nicht bezahlt worden war. Daraufhin erklärte Schuckmann dem Betriebsrat, er sei zahlungsunfähig. In dieser Situation war klar, daß nur ein Konkursantrag die Möglichkeit bot, die Arbeitsplätze zu retten. Der Betriebsrat setzte Schuckmann so unter Druck, daß er schließlich einwilligte, einen Konkursantrag zu stellen. Da befürchtet wurde, daß er den Antrag zurückzieht, forderte der Be-

triebsrat die Krankenkassen auf, ebenfalls Konkursantrag zu stellen. Für Gaub liefen schließlich drei Konkursanträge.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter besetzten die Firma, damit weder Schuckmann noch die Gläubiger Maschinen herausholen konnte. Die Firma war sieben Tage geschlossen. Der eingesetzte Konkursverwalter ordnete dann die Wiederaufnahme der Arbeit an. Schuckmann hat in Südafrika eine Briefkastenfirma aufgezogen, die offizielle Besitzerin von Gaub ist. Die Staatsanwaltschaft Konstanz ermittelte gegen Schuckmann; es wurde Haftbefehl erlassen. Nachdem er seine Ausweise abgegeben hatte, durfte er auf freiem Fuß bleiben. Am 18.12. durchsuchten Kriminalpolizei und Gerichtsvollzieher seine Villa in Wolfegg. Gesucht, aber nicht gefunden, wurden Zeichnungen und Unterlagen, zum Teil von Fremdfirmen. Am 22.1. wurde von der Konkursrichterin das Konkursverfahren eröffnet. Der Konkursverwalter hat Interessenten, die Gaub aufkaufen und weiterführen wollen. Durch ihr schnelles und entschlossenes Vorgehen hat die Belegschaft ihre Arbeitsplätze gerettet. Joachim von Schuckmann floh nach Südafrika. Da er die dortige Staatsangehörigkeit besitzt, ist er vor der deutschen Justiz sicher. — (db)

Mercedes-Benz: Betriebsräte gegen Sonderschichten

Stuttgart. Die Betriebsratsmehrheit im Untertürkheimer Werk von Mercedes-Benz hat die beantragten Samstags-Sonderschichten für 17000 Arbeiter am 17. Februar und 10. März mit folgender Argumentation abgelehnt: Einmal könne man nicht den freien Samstag fordern und der Samstagsarbeit zustimmen. Außerdem werde das Jahresproduktionsprogramm von 540000 Autos wie im Vorjahr nicht überschritten. Es sei nicht einzusehen, jetzt die Lager zu füllen und hinterher ausgespart zu werden. In Untertürkheim sollten Achsen, Motoren und Getriebe gefertigt werden für in Bremen gefertigte Modelle. Der Betriebsrat des Bremer Werkes hat, nachdem er die geforderten sechs Sonderschichten abgelehnt hatte, in einer Schiedsstelle vier Sonderschichten zugestimmt. — (ros)

Warnstreiks an Berlitz-Sprachschulen

Stuttgart. Am 24.1. führten die Beschäftigten an mehreren der 39 Berlitz-Schulen in der BRD mit Unterstützung der GEW ihre zweite Warnstreikrunde durch, um die Geschäftsführung dieses privaten Sprachschulkonzerns zu Tarifverhandlungen zu zwingen. Die Streikenden fordern ein festes Monatsgehalt, 30 Tage Urlaub im Jahr, die 38-Stunden-Woche, Zuschläge für Mehrarbeit und 16% mehr Grundgehalt. Z.Zt. beträgt der Stundenlohn 13,10 bis 16 DM. Berlitz kassiert vom Sprachschüler 64 DM pro Stunde und machte 1988 drei Mio. DM Gewinn. Eine vollbeschäftigte Lehrkraft muß sich 54 Stunden pro Woche verfügbar halten, ca. 38 Stunden werden maximal bezahlt. — (zem)



Westberlin. ÖTV und GEW haben Innensenator Pätzold für den 14.2. zu Tarifverhandlungen über den Kita-TV eingeladen. Pätzold hatte sich zu „Verhandlungen“, auch über „Fragen von Personal und Leistung“ bereiterklärt. Mit zwei großen Demonstrationen (jeweils über 10000 Teilnehmer) haben Eltern, Beschäftigte des ÖD und anderer Branchen ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht. — (har)

Stellenabbau führt zu Personalverschleiß

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst wehren sich mit „Dienst nach Vorschrift“

Hamburg. Es ist eher ein Wunder, daß all die tausende Menschen, die sich täglich auf den Fluren, Gängen oder vor den Türen der Hamburger Behörden die Beine in den Bauch stehen müssen, nicht allmählich die Geduld ver-

lieren. Obwohl in Hamburg seit Jahren die Armut ständig zunimmt und jedes Jahr mehr Menschen Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, hat der Senat an seiner jährlichen Sparquote festgehalten.

Stetig seit 1985 wurden vom Hamburger Senat die Personalausgaben um fünf Prozent im öffentlichen Dienst jährlich abgesenkt sowie ständig Aufgabengebiete ausgeweitet und verändert. In den letzten Wochen zeigten sich die Auswirkungen hiervon allen Menschen, die auf Dienstleistungen der Behörden angewiesen sind. Insbesondere die mit dem Aussiedlerzustrom „beschäftigten“ Behörden meldeten Personalnotstand an: In den Einwohnerämtern der Bezirke Hamburg-Altona und Hamburg-Mitte werden ab 11.00 Uhr keine Wartenummern mehr vergeben, da die Kapazitäten dann bereits bis 18.00 Uhr ausgelastet sind. Wer einen Ausweis oder Paß beantragt, muß drei bzw. fünf bis sechs Monate auf die Zuteilung der zentralen Paßausgabe Berlin warten. Das Ausstellen eines „vorläufigen“ Ausweises erfolgt häufig nicht sofort, sondern kann erst außerhalb der regulären Sprechzeit erledigt werden.

Das Arbeitsamt vergibt Beratungstermine jetzt einen Monat im voraus. Erst dann kann der Antrag auf Arbeitslosengeld, -hilfe u.a. gestellt werden. In der Zwischenzeit muß mit Sozialhilfe über-

brückt werden. Die Anträge von Nicht-Aussiedlern „schmoren“ monatelang, da die anderen — laut Dienstanweisungen — innerhalb von zehn Tagen bearbeitet sein sollen.

Bei der Ausländerbehörde sprechen pro Tag ca. 1400 Personen vor. Der Vorsprechende muß damit rechnen, daß, wenn er sich am Dienstag anmeldet, er am Donnerstag „abgefertigt“ wird. Anträge auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und Anhörungen von Asylbewerbern zögern sich monatelang hinaus. Auch die Sozialämter in Lokstedt, Eidelstedt, Barmbek, Wandsbek, Mitte, Altona und St. Pauli kämpfen sich mit gleichbleibenden Personalausgaben durch die Aussiedler, „massen“, die auf Campingplätzen, in Kasernen, Hotels und auf Schiffen leben müssen. In Barmbek fehlen alleine zehn, in St. Pauli acht Sachbearbeiterstellen. Täglich werden neue Unterkünfte für diese Personengruppe „aufgespürt“. Ehemalige Absteigen und Billigspensionen werden zu Höchstpreisen „verkauft“, z.B. vorher für 25 DM pro Nacht/Zimmer — jetzt für 50 DM pro Person, d.h. für eine vierköpfige Familie werden

200 DM/Tag gleich 6000 DM pro Monat bezahlt.

Vor dem Sozialamt St. Pauli warten Aussiedler jetzt bereits ab 4 Uhr nachts, um dann um 8 Uhr eine Wartenummer zu erhalten und um 15.30 Uhr Anträge stellen zu können. Es werden nur noch Antragsteller angenommen, die um 8 Uhr morgens vorsprechen. Seit Mitte Januar sind die Beschäftigten des Sozialamtes St. Pauli nun aber nicht mehr bereit, diesen unerträglichen Druck auszuhalten, und arbeiten nur noch „nach Vorschrift“, d.h. beraten nur noch so viele Personen, wie sie körperlich aushalten können, bearbeiten aber alle Anträge sofort. Zeitungen wie Spiegel, taz und Mopo wurden geladen und brachten Reportagen von der Situation „vor Ort“.

Aufgeschreckte Vorgesetzte boten in Gesprächen sofort Personal und Räume an — nur tatsächlich passiert ist gar nichts. Es werden keine interessierten Bewerber eingestellt, auch intensiv keine gesucht, Raumanmietungsmaßnahmen werden auch nicht unternommen. Die Kollegen setzen die Aktion fort — (ena)

Erstmals Beschlagnahmung eines Hauses für Familie in Not

Augsburg. Nachdem eine zehnköpfige Familie — trotz ihrer Bereitschaft 1800 DM Kaltmiete zu zahlen — keine Unterkunft fand, griff der Königsbrunner Bürgermeister ein. Er beschlagnahmte das Haus, aus dem die Familie geräumt werden sollte und begründet dazu: „Wir haben zwar eine eigene Wohnungsbau-Gesellschaft, doch das Belegungsrecht für deren Sozialwohnungen steht dem Landratsamt zu. Für die dringenden Fälle haben wir nicht einmal ein Obdachlosen-Asyl zur Verfügung, und so mußten wir mit Beschlagnahme und Wiedereinweisung der drohenden Obdachlosigkeit begegnen.“ Vor dem Verwaltungsgericht Augsburg wurde dieses ungewöhnliche Verfahren nun bestätigt. Allerdings bedeutet es für die Familie vorerst nur, daß die Zwangsäumung bis Ende März 1990 blockiert ist. — (baf)

Zwangsferien: Behörde spernte Schüler aus

Hamburg. 4000 Eltern, Schüler und Lehrer demonstrierten am 1.2. gegen die vom Senat verordneten zweitägigen Zwangsferien. Der Senat wollte damit einen Teil der tariflich ausgehandelten Lehrerarbeitszeitverkürzung abgeben. Der Senat hatte seinerzeit streikende Lehrer diszipliniert, ließ nun aber selber ungenügend und von den Betroffenen ungewollt über 100000 Unterrichtsstunden ausfallen. Schulen, die aus Protest an diesen Tagen die Schüler in den Schulen beschäftigen wollten, wurde dies verweigert. Der Schule Rahewinkel z.B. wurde mitgeteilt, die Behörde müsse Schulveranstaltungen verbieten, wegen eines möglichen „politischen Mißbrauchs der Schülerinnen und Schüler“. Die GEW forderte auf der Kundgebung 588 zusätzliche Lehrplanstellen. Andere Eltern forderten auf der gleichen Kundgebung, Geld für 19000 KTH-Plätze und die Einstellung von jährlich 400 Erziehern. — (rad, AGB)

Arbeitsniederlegung der Azubi bei ABB Käfertal

Mannheim. Am 1. Februar legten etwa 200 Auszubildende im Werk Käfertal des Elektrokonzerns ABB für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Sie protestierten damit gegen weiteren Stellenabbau. Es sollen nur noch 66 Auszubildende eingestellt werden. 1982 wurden auf dem Höchststand 132 Auszubildende eingestellt. Während in derselben Zeit die Belegschaft (ca. 7000 Beschäftigte) um etwa 10% reduziert wurde, wurde die Zahl der Azubis halbiert. In den anderen Mannheimer ABB-Werken (ca. 2500 Beschäftigte) bildet ABB überhaupt nicht aus. Bekanntlich klagen die Kapitalisten über Facharbeitermangel. An der Ausbildung wollen sie aber aus Kostengründen sparen. — (scr)

Entlassungen bei Nixdorf

1 000 protestieren auf der Kundgebung der IG Metall

Paderborn. Die Siemens AG will den neuen Computerkonzern Siemens-Nixdorf-Informationssysteme AG zum 1.10.90 verlustfrei starten lassen. Also wurde der Nixdorf-Vorstand beauftragt, die Verluste bis zu einer Mrd. Mark in 1989 zu decken. Ohne ein neues Unternehmenskonzept vorzustellen und unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen, treibt nun der Nixdorf-Vorstand — dieser Weisung folgend — weltweit 4857 (davon allein 1300 in Paderborn) Entlassungen bis zum 1.7.90 voran. Die Siemens-Kapitalisten selbst stellen die Sache so dar, als hätten sie mit den Entlassungen nichts zu tun.

Es ist damit zu rechnen, daß die jetzt angekündigten Entlassungen erst die erste Phase ist. Die zweite Phase wird durch den Zusammenschluß der Siemens-Nixdorf-Informationssysteme AG, wenn auch mit leiseren Tönen (Siemens soll die öffentliche Kritik nicht so gerne haben), vonstatten gehen. Alles, was bislang doppelt besetzt war, wird angepaßt. Also werden wieder einige dabei weichen müssen und natürlich auch Siemens-Beschäftigte. Geschäftsstellen am gleichen Ort werden zusammengelegt.

Mit einer dritten Entlassungsphase wird Anfang des nächsten Jahres zu rechnen sein, wenn nämlich die sich bislang überschneidenden und konkurrierenden Produktlinien der beiden Unternehmen bereinigt werden. „In einer Übergangsstrategie werden beide Produktlinien weitergeführt werden müssen. Aber ich gehe davon aus, daß dort langfristig das bessere Produkt gewinnen wird“, zitiert die Computerwoche vom 19.1. einen Siemens-Manager. Besonders in den Bereichen öffentliche Verwaltung und Industrie werden viele über die Klinge springen.

Hinzu werden Rationalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung und Forschung kommen. Arbeitsgruppen aus beiden Konzernen befassen sich bereits mit den Themen Produkte, Personal und Standort.

Bereits einen Tag nach Bekanntgabe, hat Nixdorf die Entlassungen beim Arbeitsamt offiziell angezeigt und zwar ohne die gesetzlich vorgeschriebene Stellungnahme des Betriebsrates (BR) beizufügen. Die IG Metall kritisiert daraufhin das Verhalten des Nixdorf-Vorstands, der „zum wiederholten Male Beratungs-, Unterrichts- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer mit Füßen tritt“. Die Unternehmensleitung — durch diese öffentliche Kritik aufgeschreckt — läßt verlautbaren, die Äußerungen seien „völlig unberechtigt und abträglich für das Unternehmen“ und fordert den IGM-Bevollmächtigten zur Rücknahme seiner Vorwürfe auf.

Die IGM nimmt nichts zurück, sondern ergänzt die gesetzlichen Verstöße der Geschäftsleitung. Seit mehr als einem Jahr sei vom Betriebsrat „ergebnislos eine Personalplanung gefordert“ worden. „Nachweislich“ seien „regelmäßig, ohne die Zustimmung des Betriebsrates einzuholen, Überstunden angeordnet worden.“ Es sei auch „versäumt worden, daß bei mehr als zehn Stunden Arbeitszeit pro Tag die erforderliche Zustimmung des Gewerbeauftragten einzuholen ist.“ Und selbst Sonntagsarbeit wurde einseitig angeordnet.

Hauptlinie der IG Metall und des Betriebsrats ist die Erstellung eines beschäftigungssichernden Gesamtkonzeptes unter Berücksichtigung des Siemens-Bereiches Daten- und Informationstechnik. Die Anmeldung von Kurzarbeit in einigen Bereichen und der radikale Überstundenabbau (der Betriebsrat überprüft bereits verstärkt die Überstundenpraxis durch Betriebsbegehungen) sind davon Bestandteile. Der Beschäftigungsplan, der betriebsbedingte Kündigungen ausschloß, ist Ende 1989 ausgelaufen. Er soll neu verhandelt werden. Zudem soll das Management durchforstet werden.

An der kurzfristig organisierten Protestkundgebung der IG Metall gegen die Entlassungen beteiligten sich am 3.2. 1000 Menschen. Aufgerufen hatten zusätzlich die SPD und die Grünen. Hauptforderungen waren die Rücknahme der Entlassungen, Einführung von Kurzarbeit und Erhaltung des High-Tech Standortes Paderborn. Durch den Abbau von Überstunden, Kurzarbeit und Arbeitszeitverkürzung, könnten, so IGM Bevollmächtigter Schnatwinkel, 700 Arbeitsplätze gesichert werden.

Den größten Beifall erhielt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende als er die Entlassungen „der Chefs, die den Laden nicht organisieren können“ forderte. Zur Solidarität mit den Nixdorf-Beschäftigten riefen auf der Landtagsabgeordnete Jentsch (SPD), der SPD-Landtagskandidat Bitterberg (er regt die Gründung eines Bürgerkomitees an), der DGB und der Grünen-Stadtrat Lackmann (er riet den Nixdorf-Beschäftigten den Beitritt zur IG Metall an). Bürgermeister Luke (CDU) drohte leere Solidaritätsphrasen. Er wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Firma Nixdorf einmischen, und dann den Vorstand zu schonen: man solle nicht mit Schuldzuweisungen aufeinander einschlagen. Luke ertastete Pfiffe.

Der Widerstand der IG Metall wird fortgesetzt. Dabei soll jetzt auch die Zusammenarbeit zwischen Nixdorf und Siemens, sowohl auf Betriebsrats- als auch auf Vertrauensleutebene gesucht werden. — (luf)



Köln. Etwa 500 Leute demonstrierten am 3.2. in Köln gegen das geplante, reaktionär-rassistische Ausländergesetz. Aufgerufen hatte das Aktionsbündnis gegen die Ausländergesetze. Am Mahnmahl für die in Köln wegen ihres Widerstandes gegen die Faschisten ermordeten polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter wurde eine Zwischenkundgebung durchgeführt. — (uld)

Aus Ländern und Gemeinden

Veranstaltung der Grünen zum Landes-Kita-Gesetz

Elmshorn. Ca. 100 Interessierte aus Schleswig-Holstein verfolgten die Podiumsdiskussion mit Vertretern der Grünen, Interessenverband Kita e.V., Paritätischem Wohlfahrtsverband, ÖTV und vom Sozialministerium der SPD-Landesregierung (LR). Letztgenannter Herr Otto steckte von allen Anwesenden herbe Kritik ein, da die LR 1991 ein kostenneutrales Kinder-rahmengesetz verabschieden will. Den Gesetzentwurf des Interessenverbandes Kita e.V. und der Grünen befand er als nicht finanzierbar, da er ein Recht für jedes Kind von 0-14 Jahren auf einen Kita-Platz als soziale Leistung vorschreibt. Die geforderte Beteiligung des Landes mit 50% an den Investitions- und Betriebskosten, wird von der LR nicht ins Auge gefaßt. Sie will abwarten, was das von der Bundesregierung zu novellierende Jugendhilferecht bringt und dann agieren. Diese Herangehensweise muß zurückgewiesen werden, da die Bundesregierung nicht beabsichtigt, die Kinderversorgung als gesellschaftliche Aufgabe im Jugendhilferecht zu verankern. — (sur)

Obdachlose: 5 qm pro Person

Hannover. Drei Todesfälle in den städtischen Obdachlosenunterkünften innerhalb einer Woche werfen ein Schlaglicht auf den Umgang der Stadt mit Wohnungslosen. Mit 10 Leuten war der 50 qm große Raum belegt, in dem eine tätliche Auseinandersetzung ein Todesopfer forderte. Ein Mann erlag einem Herzinfarkt, ein anderer einem Zuckerschok. 5 qm pro Person sind in derartigen Unterkünften ausreichend, sagen die Gerichte. Ein Hundezwinger muß größer sein. Ein Dringlichkeitsantrag der Grün-Alternativen Bürgerliste (GABL) im Stadtrat, der bei Überfüllung der Notunterkünfte die Unterbringung der Wohnungslosen in Hotels zum Ziel hatte, wurde nicht behandelt, da die Rats-Mehrheit nicht einsah, was das Problem so dringlich mache. — (rec)

Aktionen gegen rechte Haushaltspolitik

Bielefeld. Gegen die Haushaltspolitik der neuen rechten Ratsmehrheit, bestehend aus CDU, FDP und Bürgergemeinschaft mit der Ehefrau des Kapitalisten Oetker an der Spitze, entwickelt sich Widerstand. Am 8. Februar fand eine außerordentliche Personalversammlung der städtischen Beschäftigten statt. Grund: Äußerungen des FDP-Personalausschussvorsitzenden, im kommenden Jahr 71 Stellen mit KW-Vermerk zu streichen, sowie in den nächsten Jahren das Garten- und Friedhofsamt, die städtischen Putzdienste sowie die Abfallbeseitigung und die Müllabfuhr zu privatisieren. Insgesamt werden davon ca. 1.600 Arbeiter und Angestellte betroffen sein. Am 17. Februar wird eine Demonstration gegen den Haushalt 90 stattfinden, der auf der Ratssitzung am 22. Februar beschlossen werden soll. Initiatoren sind verschiedene Gruppen, die sich unter anderem gegen die Kürzung der Fahrpreisermäßigungen für Sozialhilfeempfänger von 75 auf 50%, die Stellen- und Mittelstreichungen bei Jugend- und Ausländer-sowie unabhängigen Kulturprojekten, wenden. — (roh)

CSU lehnt weiter Ganztagssschule ab

München. Die CSU hat im kulturpolitischen Ausschuß des bayerischen Landtags den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt, an den bayerischen Schulen „den Ganztagsschulbetrieb zu ermöglichen“. Damit würden die Kinder zum Besuch dieser Schulen verpflichtet, da es in vielen Teilen Bayerns nicht genügend Schüler für mehrere Schulmodelle nebeneinander gebe. Die CSU habe sich für eine „Ganztagsbetreuung“ anstelle einer „Ganztagserschulung“ ausgesprochen, berichtet die Bayerische Staatszeitung vom 19.1.90, ohne zu verdeutlichen, inwiefern sich diese Vorstellungen unterscheiden. — (acr)

Straßenunterhaltung soll privatisiert werden

Kiel. In einer Arbeitsgruppe, bestehend aus dem schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium und der Bauindustrie, wurde für Strecken in Quickborn, Schellsee und Neustadt — Länge 100 Kilometer — die Privatisierung der Straßenunterhaltung ausgehandelt, um, so das Ministerium, die Kosten für die Straßenunterhaltung zu senken. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wurde erst informiert, als das Ergebnis bereits feststand. Sie spricht vom „eisernen Täuschungsversuch“ und fordert von der Landesregierung, alle Maßnahmen für „eine teilweise Privatisierung der Straßenunterhaltungsarbeiten“ sofort zu stoppen. — (sip)

„Landesmuseum Schlesien“ CDU: Jetzt erst recht!

Hildesheim. Auf die Frage der SPD-MdL Auerbach Ende 1989 im Landtag: „Hält sie (die Landesregierung, d. Verf.) es für zulässig, bereits jetzt ein Museum zu fördern und es „Landesmuseum“ zu nennen, das nicht in der Trägerschaft des Landes ist...“, antwortete der niedersächsische Wissenschaftsminister, Dr. Cassens (CDU), befürwortend: „Der Begriff ‚Landesmuseum‘ beinhaltet... nicht eine Trägerschaft des Landes, sondern soll auf ein vergleichbares Niveau mit den allgemeinen Landesmuseen hinweisen.“ Cassens verwies auf die „Grundsatzkonzeption zur Weiterführung ostdeutscher Kulturarbeit des Bundesministers des Innern“. Dort wird z.B. 1982 gefordert, „Landesmuseen der großen ostdeutschen Regionen“ zu schaffen. Und: „Die kulturelle Eigenständigkeit, die den Bundesländern aufgrund ihrer Kulturhoheit zusteht, sollte auch den vergleichbaren ostdeutschen Regionen eingeräumt werden; dies entspräche auch der föderalen Tendenz des Grundgesetzes.“ Föderal via Großdeutschland! Die SPD-Fraktion zog die im Januar beantragte Aufhebung des Stadtratsbeschlusses zum Schlesienmuseum opportunistisch am 5.2. zurück. Zuvor erklärte der Referatsleiter des Bundesinnenministeriums, Treger, er halte das Schlesienmuseum trotz und gerade wegen der Entwicklung im Ostblock für wichtig. CDU-OB Klemke und der CDU-Oberstadtdirektor Buerstedde gaben nach einem Blitzbesuch in der Republik Polen am 3.2. an, es gäbe dort keinen Widerstand gegen das revanchistische Projekt. — (rab)

Roma sollen Aufenthaltsrecht erhalten

Die NRW-Landesregierung will nun zwischen Staatenlosen und Asylbewerbern spalten

Köln. Am 25. Januar, nach einer etwa drei Wochen dauernden Demonstration von 1.500 Sinti und Roma, die von Köln über Düsseldorf, Duisburg bis nach Essen führte und nachdem um die 400 Teilnehmer bereits an Erkältungskrankheiten und Grippe erkrankt waren, sah sich die nordrhein-westfälische Landesregierung endlich gezwungen, positiv Stellung zu nehmen. Die Roma waren entschlossen, den „Bettelmarsch“ weiterzuführen, denn sie sahen keine andere Möglichkeit mehr, die Öffentlichkeit auf ihre rechtlose und menschenunwürdige Situation aufmerksam zu machen und Druck auf die kommunalen und Landesbehörden auszuüben. Gegenüber Vertretern der evangelischen Kirche und Vertretern der Rom und Cinti Union erklärte Landesinnenminister Schnoor, er werde dafür eintreten, daß die Roma, die gegenwärtig in der BRD gemeldet seien, abweichend von den allgemeinen ausländerrechtlichen Regelungen einen besonderen Aufenthaltsstatus erhalten.

Alle Roma, die sich vor dem 12. Januar in NRW aufgehalten haben, können einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis stellen. Sie müssen, wenn der Antrag erfolgreich sein

soll, „glaubhaft machen“, daß sie „de-facto-Staatenlose“ sind. Die Anträge müssen den Ausländerbehörden vorgelegt werden, bei denen die Roma gemeldet waren. Die Entscheidung darüber, ob ein Aufenthaltsrecht gewährt wird oder nicht, soll das Landesinnenministerium treffen. Völlig unklar ist, ob mit dem Aufenthaltsrecht auch eine Arbeits- oder Gewerbeerlaubnis gewährt wird.

Karitative Verbände und Ausländerbehörden haben seit zwei Jahren vertreten, die seit vielen Jahren aus einem Staat Westeuropas in den nächsten vertriebenen Roma sollten Asylanträge stellen. Das haben einige Hundert getan, die nach den Mitteilungen der Bundesregierung, sie würden in Jugoslawien nicht verfolgt, nun befürchten müssen, daß ihre Asylanträge abgewiesen werden und sie danach ausgewiesen werden. Ähnliches kann nach der Einzelfallprüfung beim Antrag auf Aufenthaltsrecht geschehen.

Die Rom und Cinti Union geht davon aus, daß die Zusage des Landesinnenministeriums ein erster Erfolg ist, aber der Kampf für menschenwürdige Lebensbedingungen für die Roma in der BRD noch längst nicht beendet ist. In

einer Presserklärung vom 31. Januar teilt sie mit:

„Die heimatlosen Roma haben nach sorgfältiger Prüfung des Angebots des nordrhein-westfälischen Innenministers beschlossen, diesen beim Wort zu nehmen. Sie werden in den kommenden Tagen ihren Bettelmarsch durch das Ruhrgebiet unterbrechen.“

Der seit dem 6. Januar 1990 andauernde Bettelmarsch der heimatlosen Roma hatte das Ziel, auf das Schicksal der abschiebebedrohten Familien aufmerksam zu machen und durch die hergestellte Öffentlichkeit einen Schutz vor gewaltsamer Ausweisung zu gewähren. Durch die Zusage des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Einzelfallprüfung zu veranlassen, ist nun über das Verfahren ein vorläufiger Schutz vor Abschiebung gewährleistet. Wir betonen jedoch, daß diese Prüfung nicht das Ziel sein kann, sondern der Weg zum Ziel, um den Betroffenen eine dauerhafte Sicherheit zu geben.

Wir begrüßen ausdrücklich, daß das Land Nordrhein-Westfalen die große Gruppe der de facto staatenlosen und heimatlosen Roma analog der europäischen Beschlußlage erkannt hat. Darüber hinaus darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, als gäbe es keine Roma, die sich zu einem Staat zugehörig fühlen und die dort unter individueller politischer und ethnischer Verfolgung leiden. Vielmehr muß diese Verfolgung im Einzelfall anerkannt und den Asylanträgen der Betroffenen stattgegeben werden. Ein positives Zeichen setzte in dieser Hinsicht das Land Bremen, das aus Jugoslawien stammende muslimische Roma als Asylberechtigte anerkannt hat.

Wir begrüßen insbesondere die Bemühungen des Innenministers Dr. Schnoor, auf Bundesebene eine Regelung für die heimatlosen Roma einzuführen. Sollte diese Initiative jedoch nicht gelingen, so gehen wir trotzdem davon aus, daß Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag dazu leisten wird, einen besonderen Aufenthaltsstatus für de facto staatenlose Roma zu schaffen. . .“

In verschiedenen Städten mehrten sich die Beweise, daß die Mißhandlung der Roma, ihre meist menschenunwürdige Unterbringung in Lagern oder offenen Lagerhallen, die Verweigerung der medizinischen Versorgung, die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln einen rassistischen Hintergrund hat. Die Ratsmehrheit in Köln weigert sich beharrlich, die nur für Roma eingerichtete „Beratungsstelle für ethnische Minderheiten“ aufzulösen. Faschistenfraktionen in den Kommunalparlamenten können sich auf CDU-Anträge beziehen. Die Landesregierung NRW hat eine Anerkennung der Roma als von den Faschisten rassistisch verfolgte bislang abgelehnt.

Quellenhinweis: Information der Landesregierung NRW 70/1/90, Erklärung des Landeskirchenrats Gutheil v. 31.1.90 — (uld)



„Bettelmarsch“ der Sinti und Roma durch NRW

Widerstand gegen Bau von Panzertrassen

Die Bundeswehr will Flußübergänge zwecks Ausbau der Operationsfreiheit

Soltau. Zur Überquerung von Leine und Aller im Bereich zwischen Celle und Verden plant das Bundesverteidigungsministerium den Bau einer Reihe von Panzertrassen. Dazu sollen am Ufer an den entsprechenden Stellen in 8,5 m Breite jeweils Rampen angelegt werden, zu denen 7 m breite befestigte Abzweigungen vom öffentlichen Straßennetz führen. Begründet wird es mit der „Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit im Verteidigungsfall“.

Die Aller/Leine-Niederung war bei den letzten Herbstmanövern regelmäßig Kampfschauplatz. Mit dem Bau der Panzertrassen ließe sich die betreffende Region einschließlich der riesigen Truppenübungsplätze Bergen und Munster noch intensiver für Übungen nutzen. Daneben schüfe sich das Militär mit den Übergängen bessere Bedingungen, Truppen schneller und in breiter Front Richtung Osten zu bewegen.

Gegen die Bauvorhaben formiert sich der Widerstand. Organisiert wird er vor allem vom Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland (BUND) und dem Deutschen Bund für Vogelschutz

(DBV). Ökologische Bedenken gegen die Zerstörung eines Gebietes, in dem gerade ein Programm zum Schutz des Weißstorchs aufgelegt wurde, stehen dabei im Vordergrund. Die Einwohner befürchten verstärkte Übungstätigkeit und die Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen und Deichen. Inzwischen hat es verschiedene gutbesuchte Veranstaltungen gegeben, Unterschriften gegen die Bauvorhaben werden gesammelt. Jeden Sonntag soll demonstriert werden; an den letzten beiden Demonstrationen beteiligten sich jeweils 150 bis 200 Bewohner. Fast alle betroffenen Gemeinden lehnen die Bau-maßnahmen ab.

Juristisch nützt das wenig. Nach dem Landesbeschaffungsgesetz sind die Gemeinden faktisch rechtlos. Sie werden gehört, das Land hat Stellung zu nehmen, die Entscheidung trifft dann das Bundesverteidigungsministerium. Es kann letztlich enteignen, wenn es „für Zwecke der Verteidigung“ erforderlich erscheint. Trotzdem wäre die Ablehnung der Trassen durch die Landesregierung politisch nicht unerheblich.

Auf eine Anfrage der SPD im niedersächsischen Landtag, die den Bau der militärischen Anlagen für nicht zeitgemäß hält, erklärte Innenminister Stock, die Sache zu prüfen. Es ist eine Hinhaltetaktik, wie sie auch der CDU-Landtagsabgeordnete Oestmann aus Rethem/Aller praktiziert. Auf mehreren Veranstaltungen scharf attackiert, verlangte er noch Zeit zur Meinungsbildung. An die Adresse der Naturschützer erklärte er, daß der Storch schon vor den Herbstmanövern abflöge, und sowieso auf Truppenübungsplätzen die Artenvielfalt besonders groß sei. Er versucht, die Panzertrassen als das kleinere Übel zu verkaufen. Immerhin hat der Vorsitzende des Deichverbandes Rethem-Kirchwahlingen dem Bauvorhaben grundsätzlich zugestimmt. Auch der Vorsteher des Deichverbandes Rethem-Wohlendorf hat nichts gegen einen befestigten Allerübergang, sondern nur gegen eine befestigte Wegezuführung. Es ist die Hoffnung, bei nicht zu verhindernden Manövern die Schäden an Deichen und Gelände möglichst gering zu halten. — (sts)

Nie wieder Deutschland! — Erklärung der Radikalen Linken

Radikale Linke beschloß am 21. Januar, gegen „Wieder-“ oder „Neuvereinigung“ von BRD und DDR einzutreten

Am 21. Januar fand ein Vorbereitungstreffen für einen Gründungskongreß der Radikalen Linken statt — beteiligt sind daran einzelne Grüne, VSP, KB, ehemalige DKP-Mitglieder. Im folgenden dokumentieren wir die auf dem Treffen beschlossene Erklärung.

Von einem Tag auf den nächsten ist die Bundesrepublik in einen deuschnationalen Taumel geraten, der in der Nachkriegszeit ohne Beispiel ist. Als die Mauer geöffnet wurde, setzte die bundesrepublikanische Politik die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung. Im Bundestag sang eine großdeutsche Allparteienkoalition das Deutschlandlied — ähnlich wie einst am 4. August 1914 nach Beginn des Ersten Weltkrieges und ähnlich wie am 17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers. Mit dem nationalistischen Taumel verband sich der Triumph des Sieges über das „Reich des Bösen“.

Es ist ja wahr: Das System, das sich „realer Sozialismus“ nannte, ist am Ende. Viele Menschen, die sich zwar nie mit der spezifischen Gesellschaftsform der DDR, UdSSR usw. identifiziert, sich aber für eine sozialistische Gesellschaft und gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung engagiert hatten, spüren in ihrer eigenen Arbeit und im öffentlichen Klima die Offensive von rechts: Es läuft eine massive, teils offene, teils subtile Kampagne, mit der Überlegungen zu einem „Sozialismus“, gleich welcher Art, oder planvollen Wirtschaften aus der gesellschaftlichen Diskussion ausgegrenzt werden sollen. Stattdessen wird das Hohelied auf die Leistungsgesellschaft und den Markt — und das heißt: auf ein Wirtschaften nach dem Recht des Stärkeren — angestimmt. Gleichzeitig ist das Wiederaufleben eines neuen großdeutschen Nationalismus, Revanchismus, Antisemitismus und verschärften Rassismus sowie ein anhaltender Sexismus festzustellen.

Der Kapitalismus erwies sich in der Auseinandersetzung mit den nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnungen des RGW als siegreich. Die Strategie des Imperialismus, diese Gesellschaftssysteme zu beseitigen, hat Erfolg. Dieser Sieg resultiert allerdings nicht nur aus der Stärke des kapitalistischen Systems, sondern auch aus der inneren Brüchigkeit der bürokratischen Herrschaft in den RGW-Staaten. Alle Versuche, den Kapitalismus zu überwinden — kommunistische Genossenschaften in den USA im 19. Jahrhundert, die Pariser Commune 1871 und jetzt auch die nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich — konnten von diesem bis heute niedergemacht werden. Damit hat sich vorerst eine Ordnung durchgesetzt, die auf Ausbeutung und Ausrottung beruht: Ausbeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeitskraft und Raubbau an der Natur in den am höchsten entwickelten kapitalistischen Ländern, dazu Verelendung und Ausrottung ganzer Völker in den Teilen der Welt, die in „Unterentwicklung“ gehalten werden. Die Mobilisierung aller Reichtümer, die durch Ausbeutung und Ausrottung für den „freien Westen“ gewonnen wurden, gehört ebenfalls zu den Voraussetzungen des kapitalistischen Sieges. Eine Schokoladenseite hat dieses System nur in seinen Metropolen — und

auch dort nicht für alle. Die Probleme des Kapitalismus — seine konjunkturellen und strukturellen Krisen, Erwerbslosigkeit, Verelendungstendenzen bei den einen, bei gleichzeitig maximalem Reichtum anderer — werden bleiben, auch nachdem das Gesellschaftsmodell der DDR, UdSSR und anderer RGW-Länder nun gescheitert ist. Der Kapitalismus ist insbesondere unfähig, die ökologischen Gefahren zu beseitigen, die er selbst erzeugt hat. Mehr noch: Der Kapitalismus ist dabei, die hiervon ausgehenden Gefahren zu potenzieren und die Grundlagen für jegliches Leben auf dem Planeten Erde zu zerstören. Als patriarchaler Kapitalismus impliziert er immer auch ein strukturelles Gewaltverhältnis über Frauen und ihr Leben. Die — bisher fast ungebrochene — Verfügungsgewalt über Frauen durch Staat, Kapital, Justiz, Kirche und im sogenannten Privatbereich kommt besonders deutlich zum Ausdruck im alltäglichen Sexismus bis hin zur Vergewaltigung von Frauen; drückt sich aus in der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in Produktion und Reproduktion, in der Propaganda der (deutschen) Volksmutter im modernen Gewande der „neuen Mütterlichkeit“.

Gegenwärtig hat es den Anschein, als ob durch den faktischen Auflösungsprozeß der Militärorganisation des Warschauer Paktes ein Weltkrieg unwahrscheinlicher geworden wäre. Aber: Rüstungsproduktion, Rüstungsexport, militärische Interventionen gegen diejenigen Staaten, welche den kapitalistischen Zentren nicht völlig parieren, werden bleiben. — Überdies ist zu befürchten, daß imperialistischer Größenwahn sich mit der Zersetzung der RGW-Staaten weiterentwickelt und auch eine militärische Dynamik gewinnt. Es ist daran zu erinnern, daß die noch gar nicht so lange zurückliegende westliche „Nachrüstung“ von Szenarien ausging, welche eine verblüffende Ähnlichkeit zur heutigen Realität aufweisen.

Wir haben uns in der Vergangenheit angewöhnt, von einer Ersten, Zweiten und Dritten Welt zu reden. „Erste Welt“ sind die am „höchsten entwickelten“ kapitalistischen Staaten, in denen trotz allem gesellschaftlichen Reichtum aber die Anzahl derer, die keine Arbeit finden und in Armut leben, immer größer wird. Als „Dritte Welt“, auch „Peripherie“, sehen wir die Länder, in denen die große Mehrheit der Erdbevölkerung lebt und wo Hunger und Elend der gesellschaftliche Normalzustand sind. Und als „Zweite Welt“ die nichtkapitalistischen Gesellschaften im RGW-Bereich. Ausnahmen wie der DDR mag es gelingen, in den Kreis der „am höchsten entwickelten“ kapitalistischen Gesellschaften aufgenommen zu werden. Insgesamt wird sich jedoch zwischen West- und Osteuropa ein anderes Verhältnis herausbilden: Die bisherigen RGW-Länder drohen zu einer neuen „Dritten Welt“ zu werden, zum Hinterhof der reicheren kapitalistischen Ge-



Hamburg, 30.1.90: 1200 demonstrieren gegen Neu- und Wiedervereinigung und BRD-Großmachtpolitik.

sellschaften Westeuropas, insbesondere der BRD. Innerhalb dieser Länder selbst kommt es zu einer explosionsartigen Anhäufung von Reichtum bei einer kleinen Minderheit und wachsenden Verelendungstendenzen bei großen Teilen der Bevölkerung. So leben heute in Ungarn, dem Land mit der längsten entsprechenden „Reformerfahrung“, nach Angaben der Regierung 15 Prozent der Bevölkerung unter der offiziellen Armutsgrenze.

Der DDR allerdings wird mit großzügiger Arroganz die Aufnahme ins westeuropäische Haus annonciert. Ihre Chancen, nach Abschüttelung der bisherigen Herrschaftsverhältnisse und Aufgabe staatlicher Souveränität in ein besseres Appartement zu ziehen, stellt man in rosigen Farben dar. Die BürgerInnen der DDR werden von der BRD nicht als StaatsbürgerInnen mit ihren eigenen souveränen Rechten anerkannt, sondern als Deutsche mit fiktiven Volksrechten behandelt. So wird der DDR ein Sonderweg neben den anderen RGW-Ländern zugewiesen. Die BRD allerdings sieht in ihren Konföderations- und Vereinigungsplänen, die der DDR diesen Sonderweg erlauben sollen, in erster Linie die Chance, ihre Vorherrschaft in West- und Gesamteuropa — und damit gegen Osten und Süden — zu verstärken. Eine „Wieder-“ oder eine Neu-Vereinigung würde das Vierte Reich zur beherrschenden Macht in Europa machen.

Wie sehr sich die Bonner Regierenden bereits als die Herren von morgen aufführen, zeigt sich daran, daß sie sich weigern, die Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze zu garantieren. Wenn Bundespolitik und Bundesjustiz über die Grenzen von 1937 räsonieren, denken die Menschen im

Ausland an 1939. Das stört die CDU nicht. Und wenn SPD und FDP heute eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne Wenn und Aber fordern, so verschweigen sie, daß das Wenn und Aber Bestandteil ihrer eigenen Ostpolitik der siebziger Jahre war. Ihnen geht es darum, die Wiedervereinigung unter Dach und Fach zu bringen — dann sehen sie weiter. Ein Willy Brandt, der sich in der Springer-Presse als Gesamtdeutscher feiern läßt, verhöhnt heute alle diejenigen, die sein Niederknien im Warschauer Getto einmal bewegt hat. Projekte wie „Vertragsgemeinschaft“ und „Konföderation“ erweisen sich unter den gegebenen Bedingungen und dem realen Kräfteverhältnis zwischen BRD und DDR lediglich als Vorstufen für eine Wiedervereinigung unter imperialistischen Vorzeichen. Dies gilt sowohl für Kohls und Vogels Zehn-Punkte-Plan, als auch — wenngleich in anderer Absicht formuliert — für Konzepte, wie sie von Teilen der SED-PDS-Führung vertreten werden.

Schon längst erfolgt eine ökonomische und politische Durchdringung der DDR. Ihre künftigen formellen Regierungen werden für die „sozialen Grausamkeiten“ verantwortlich zeichnen, die im Rahmen eines solchen Prozesses einem großen Teil der Bevölkerung aufgebürdet werden, z.B. insbesondere den Frauen. Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß den Frauen eine negative „Vorreiterinnenrolle“ zugeordnet wird: So sind von den anstehenden Umstrukturierungen und Entlassungen zu 80 Prozent Frauen betroffen. Auch ist zu befürchten, daß bisherige DDR-spezifische positive Errungenschaften der sozialen, materiellen und rechtlichen Situation von Frauen wieder zurückgeschraubt werden.

Auch unter der Voraussetzung einer kapitalistischen Zweistaatlichkeit würde in BRD und DDR das Thema „Wiedervereinigung“ ein Dauerbrenner bleiben. Es ist das Recht der Frauen und Männer in der DDR, eine eigenständige Entscheidung über das von ihnen gewünschte Gesellschaftsmodell zu treffen. Für uns in der Bundesrepublik aber ist zu fordern, daß die in der BRD Herrschenden sich aus den inneren Angelegenheiten der DDR heraushalten. Wir setzen der Einmischung der in Bonn Regierenden entschiedenen Widerstand entgegen. Die hier projizierten besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sind nationalistisch, gehen zu Lasten anderer Völker, lenken von den tatsächlichen Problemen ab, die in der Bundesrepublik bestehen oder von ihr mitverursacht werden, und vertiefen diese.

Auch in einem kapitalistischen Gesamtdeutschland oder einer mit der DDR in „Vertragsgemeinschaft“ verbundenen BRD werden die bisher bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche nicht gelöst sein. Das nationalistische Going East verstellt den Blick auf die in der BRD anstehenden Probleme. Diese sind u.a.:

- Die Zerstörung der Umwelt
- Massenerwerbslosigkeit, Zunahme unbezahlter Arbeit insbesondere von Frauen sowie Lohnabbau
- Ausplünderung der in „Unterentwicklung“ gehaltenen Länder
- Überwachungs- und Reglementierungsstaat
- Verschärfung ökonomischer, politischer und sexueller Ausbeutung von Frauen bis hin zur vollständigen Verfügbarkeit über ihre Körper durch die neuen Gen- und Reproduktionstechnologien
- Zunehmender Einfluß einer eugenischen Werteordnung, die das Prinzip von Auslese und Ausmerze als Waffe gegen sozial und kulturell



Demonstration in Stuttgart am 3. Februar 1990

Überdrückte auf die Tagesordnung setzt

– Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bis hin zu Antisemitismus

– Generell wachsende Feindseligkeit gegen weitere zu uns kommende politische und soziale Flüchtlinge und diejenigen, die hier bereits leben.

Die ökologischen und sozialen Probleme der Bundesrepublik können zweifellos nicht in ihren eigenen Grenzen allein, sie sollen aber auch nicht auf dem Rücken anderer Völker gelöst werden. Ein nationalistischer Ausbruch und eine Vereinigung von BRD und DDR wäre das gerade Gegenteil einer befreienden und internationalistischen Politik.

Zweifellos existieren in der DDR gleiche und ähnliche Probleme wie in der BRD — und viele spezifische. Diese Probleme können jedoch grundsätzlich besser im Rahmen einer DDR-Gesellschaft und ohne Extrabeziehungen zwischen westdeutscher Regierung und BRD-Konzernen mit dieser DDR gelöst werden.

Die Meinungsmacher in der Bundesrepublik — und zunehmend auch in der DDR — bereiten uns schon jetzt allmählich auf zukünftige Volksabstimmungen in beiden deutschen Staaten über eine etwaige Wiedervereinigung oder „Neuvereinigung“ vor. Es ist denkbar, daß sich in der DDR eine Mehrheit dafür findet. Wir aber wollen dafür eintreten, daß möglichst viele Frauen und Männer in der Bundesrepublik sich gegen die staatliche Einheit „Deutschlands“ oder andere nationalistische Wege entscheiden. Dies wäre im Interesse der Lohnabhängigen und Ausgegrenzten. Von einem nationalen Taumel haben sie nichts als Nachteile: Er dient einzig dem maximalen Profit weniger, befördert die Disziplinierung der Opposition und bedroht alle Ansätze humanistischer, antixistischer sowie ökologischer Politik.

Viele, die aus der DDR in die BRD kommen, wollen leben wie die überwiegende Mehrheit hierzulande. Denjenigen unter ihnen, die sich mit der hiesigen, bundesdeutschen Ellenbogengesellschaft identifizieren und gar in den großdeutschen Chor mit einstimmen, begegnen wir mit einem negativen Patriotismus: Jede Asylbewerberin, jeder Asylbewerber, jede Immigrantin und jeder Immigrant aus den Ländern, die von der Bundesrepublik mit ausgeplündert werden, stehen uns näher

als diese euphorischen „Brüder und Schwestern“. Dem Nationalismus und der Deutschtümelei wollen wir Menschlichkeit und Solidarität entgegenstellen — die Solidarität mit den Schwachen, Ausgegrenzten und Stigmatisierten, die sich — über alle Grenzen hinweg — gegen die Herrschenden und Mächtigen richtet, gerade angesichts eines wachsenden Nationalismus, der eine verstärkte Repression befürchten läßt.

Die angeblichen nationalen Gemeinsamkeiten zwischen „Ostdeutschen“ und „Westdeutschen“ beruhen zumeist auf gemeingefährlicher Einbildung. Deutsch wird nicht nur in Bonn und Weimar gesprochen, sondern auch in Innsbruck, Zürich und Liechtenstein. Goethe fühlte bekanntlich undeutsch. Einen gemeinsamen Staat haben Sachsen und Hessen nur von 1871 bis 1945 gehabt, und das reichte für zwei große Kriege. Zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen besteht allerdings eine Haftungsgemeinschaft für das, was sie — präzise: die in Deutschland Herrschenden und alle, die sie unterstützten — in der Vergangenheit zusammen an Verbrechen begangen haben.

Das antikolonialistische Recht auf Selbstbestimmung können die Deutschen nicht in Anspruch nehmen, denn sie sind niemandens Kolonie. Auf die formaljuristische Möglichkeit, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ (Grundgesetz BRD), sollten sie verzichten angesichts des Schadens, welchen das Deutsche Raub-Reich der Jahre 1871–1945 angerichtet hat. Entsteht ein neuer deutscher imperialistischer Kolos, wird niemand die anderen Völker Europas, vor allem des Ostens, vor ihm schützen können.

Wir schlagen eine bundesweite Demonstration vor gegen die Wiedervereinigung, für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR sowie für radikale Abrüstung in ganz Europa — mit Kampagnen für jeweils einseitige Vorleistungen hierzulande: Raus aus der Nato, Auflösung von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Geheimdiensten.

Radikale Linke, 21.1.1990.

(Dieser Text wurde am 21.1.1990 unter Mitwirkung von bis zu hundert Personen verabschiedet. Wir stehen zu seinem Inhalt, sind uns aber gewisser journalistischer Brüche bewußt.)



Ausländische Bosch-Beschäftigte auf der Stuttgarter Demonstration gegen Neu- und Wiedervereinigung

Linksradikal, antinational

Bericht der „SoZ“ zum ersten offenen Treffen der Radikalen Linken

230 Menschen hatten sich am 20./21. Januar in Köln zum ersten offenen Treffen der Radikalen Linken versammelt. Die Bilanz u.a.: Eine Erklärung zum neuen deutschen Chauvinismus und ein Demoauftrag „Nie wieder Deutschland“.

Sicher: Das Abstimmungsmarathon, um eine Erklärung der Radikalen Linken zustande zu bekommen, war ätzend. Auch richtig: Das Projekt einer Demo im Zonenrandgebiet zum Erhalt desselben bzw. mit der Losung „Helmstedt muß Grenzstadt bleiben“ war massenfeindlich; die Betroffenheit eines „Rand-Zonis“ brachte es zu Fall. Aber ansonsten ließe sich mit George Marchais sagen: „globalemang positiv“.

Da ist die weiterhin große Spannweite dieser lockeren Koordination einer Radikalen Linken: (Noch wenige) Menschen aus dem autonomen Spektrum. Grüne, die dem radikalökologischen und ökosozialistischen Spektrum zuzurechnen sind, KB, VSP, DKP bzw. die Fülberthsche „selbständige politische Einheit“ in derselben; Feministinnen, „Alternative-Linke-Listen“-Men-

schen, Promis & Freischwebende u.a. Sodann war die Debatte über BRD/DDR konstruktiv — zumal gemessen an den vorausgegangenen zwei Treffs. Vor allem: Es kam etwas zustande. Siehe oben.

Zur Erklärung der Radikalen Linken: Ihr lagen zu Grunde drei Entwürfe: von G. Fülberth, von Fülberth-Wolf und schließlich, des nachts gestrickt, ein dritter auf Basis des letzteren und zusätzlich „abgerundet“ von Jan Kunert (Die Grünen) und Detlef zum Winkel (KB). Trotz solcher vorausgegangener „konsensualer Bestrebungen“ mußte das Plenum Absatz für Absatz diskutieren. Über dreißig, zum Teil weitgehende Abänderungsanträge wurden ver- und eingearbeitet. Daß dann nach stundenlangem Debatte die Endabstimmung weniger als ein halbes Dutzend Gegenstimmen erbrachte, war Zeichen für das Bedürfnis vieler: Zum Thema neuer Nationalismus muß eine Radikale Linke Stellung beziehen. Die Erklärung läßt nichts zu wünschen übrig hinsichtlich der Marxschen Forderung, wir hätten vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen zu sein oder würden je-

denfalls „kein Vaterland kennen“. Einiges fehlte uns auch in dem Text, etwa ein differenzierteres Eingehen auf die Ereignisse in der DDR selbst. Doch das ist der normale Kompromißcharakter einer gemeinsamen Erklärung eines derart breiten Bündnisses. Und die grundsätzlich richtigen Aussagen in einer Zeit, die breite Bündnisse dieser Art besonders erforderlich macht, rechtfertigt allemal, einen solchen Text mitzutragen.

Ein von Dorothe Piermont (Regenbogen-Fraktion im Europaparlament) eingebrachtes Projekt eines (europaweiten) Komitees gegen Wiedervereinigung wurde grundsätzlich bejaht, bedarf jedoch noch der Konkretisierung.

Zum Kongreß der Radikalen Linken sind die Beschlüsse jetzt definitiv: Dieser findet Ende Mai/Anfang Juni statt, eine Tagesordnung wurde beschlossen. Seine Schwerpunkte werden sein: Wider den alt-neuen deutschen Nationalismus und Revanchismus/Die Aktualität des antifaschisti-

schen Kampfes/die Veränderungen innerhalb der RGW-Länder/Weltmarkt und Imperialismus heute/Kritik des ökologischen Kapitalismus/Wahlen und Parlamente bzw. antiinstitutionelle Politik/Aktuelle Aufgaben einer Radikalen Linken.

Auch beschlossen wurde die gemeinsame Demo. Sie soll sich richten: „Gegen Wiedervereinigung! Für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR! Für radikale Abrüstung in ganz Europa!“. Als Termin festgelegt wurde „vor Mai 1990“ („vor den DDR-Wahlen“ meinten damit viele, aber das solle man nicht sagen/schreiben). Zur Mobilisierung soll die genannte Erklärung mit gesondertem Demo-Aufruf als Massenflugblatt erscheinen. Der Demo-Ort — Frankfurt (am Main!) oder Köln oder ? — wird noch bekanntgegeben. Denn dafür gibt's real existierend ein Vorbereitungs-Komitee. Das ordnungsgemäß bestätigt bzw. gewählt wurde. — (Winfried Wolf, „Sozialistische Zeitung“, 1.2.1990)

Pressemitteilung zur Demonstration am 5. Mai

Gegen deutschen Nationalismus und die Kolonialisierung Osteuropas

Am 5. Mai, zum 45. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, findet voraussichtlich eine bundesweite Demonstration gegen die Großmachtinteressen der BRD und gegen die Einverleibung der DDR statt.

Titel der Demonstration ist:

Nie wieder Deutschland!
Demonstration gegen Nationalismus
und die Kolonialisierung Osteuropas.

Dies haben am letzten Wochenende — auf Initiative der Radikalen Linken — linke Grüne, VertreterInnen der Friedensbewegung und der außerparlamentarischen Linken beschlossen.

Sie haben sich bisher auf folgende inhaltliche

Optionen der Demonstration verständigt:

1. Widerstand gegen den deutschen Nationalismus und damit gegen jegliche Form der Wieder- und Neuvereinigung,
2. Absage an die Kolonialisierung Osteuropas,
3. für die Zweistaatlichkeit als eine Grundlage für ein friedliches Zusammenleben der Länder,
4. für eine BRD ohne Armee.

Die Vorbereitungsgruppe will mit dieser zentralen Demonstration am 5. Mai ein gemeinsames Vorgehen der linken und alternativen Kräfte in der BRD und Westberlin erreichen. Ein breites Treffen zur Bildung eines Trägerkreises und Verabschiedung eines Demonstrationsaufrufes findet am 3. März in Bonn statt.

Auskünfte gibt das Büro Siggi Fries, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel: 0228/163538

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel. 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Corridos, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658. Konten: Postgroat Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen, für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront.

AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär, Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

— Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von:
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czemernskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Duwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergsstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ drei Ausgaben kostenlos zum Kennenlernen.

☐ Im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).

☐ Im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).

☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung.

☐ Ich zahle über Bankelzug: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Girokontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....

(Kontoführendes Kreditinstitut/Unterschrift)

Auf Postkarte aufkleben und einsenden an:

GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder eine der regionalen Bestelladressen (siehe Impressum)

Rechte Formierung — Bücher, die der „Republikaner“ empfiehlt

Identifikation mit deutschem Volk

Professor H. Diwald, bekannt wegen seines beständigen Artikelschreibens in den westdeutschen neofaschistischen und reaktionären Zeitschriften und Zeitungen hat ein neues Buch „Geschichte macht Mut“ herausgebracht. Häufige seitenlange Dopplungen und Wiederholungen von zuvor Gesagtem weisen darauf hin, daß Verlag und Autor vermutlich bereits veröffentlichte Artikel sowie Reden zusammengestellt haben, worüber sie den Leser aber nicht informieren.

Sei stolz, ein Deutscher zu sein: Das fordert Prof. Diwald auf 335 Seiten, in immer neuen Varianten. Prof. Diwald beginnt mit „Geschichte, auch unsere Geschichte, ist kein Skandal, aber ein Skandal ist es, wie mit ihr umgegangen wird“ und führt dann im politischen Schwerpunkt des Bandes unter der Ab-

teilung „Heimat in der Fremde/Sudetica“ aus, daß die deutschen Imperialisten unter der Führung der Nazis zu Recht die Tschechoslowakei überfallen hätten, denn es sei um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gegangen. Für die Deutschen und die Sudeten-deutschen schlußfolgert Diwald den erneuten ungebeugten Gang nach Osten: „Bekennen wir uns zu unserer Geschichte, unserer Herkunft, und schließen wir vor allem von diesem Bekenntnis rücksichtslos alles aus, was uns von außen als eine Hypothek der aufgenötigten Schuld das Rückgrat zu beugen versucht.“

H. Diwald, Geschichte macht Mut, Straube-Verl., 1989. 36 DM — (gba)

Abhörgeheimnisse zur Geschichtsfälschung

Als den geheimsten Nachrichtendienst des Dritten Reiches bezeichnet der britische Historiker und Faschist David Irving

das sogenannte Forschungsamt des Reichsmarschalls Hermann Göring. „Das Reich hört mit“ lautet der vielsagende Titel des Buches. Von den über 300 Seiten bezeichnet der Autor 160 als Dokumente. Wobei er Aussagen von alliierten Politikern in Fragmenten zitiert und sie obendrein kommentiert. Irving stützt sich auf Dokumente, die u.a. dem Nürnberger Tribunal vorlagen. Er verwendet sie aber nicht zur Anklage gegen das faschistische Regime, sondern zieht aus verschiedenen abgehörten Telefongesprächen eigene Schlußfolgerungen. Das Nürnberger Tribunal hat unzweifelhaft den Angriffskrieg des reichsdeutschen Imperialismus als Verbrechen deklariert. Irving kommt zu anderen „Erkenntnissen“. Er übertüncht seine unwissenschaftliche Arbeitsweise mit akribischen Schilderungen über Mitarbeiter, Einrichtungen und Logistik der Abhörstellen. Methodisch plump und mit den Faschisten sympathisierend, nähert er sich den Kernaussagen seines Buches: Hitler sei zum Krieg gezwungen worden, der „friedliche“ Anschluß Österreichs und später der Tschechoslowakei hätte die Westmächte beruhigt. Irving „entlarvt“ den amerikanischen Präsidenten Roosevelt als den führenden Kriegstreiber. Er hätte Einfluß auf die polnische Regierung genommen, um eine friedliche Lösung der Grenzfragen mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Hitler sollte politisch scheitern, um ihn dann in einem Krieg vernichten zu können. Dies ist nur ein Beispiel für zahlreiche Geschichtsfälschungen Irvings in dem Buch. Ein interessantes Lehrstück, wie authentisches Quellenmaterial durch Auslassungen und Kom-



Die Rechten bauen ein Weltbild auf, in dem Tugenden des Individuums nach ihrer Nützlichkeit für Volk und Staat beurteilt werden: Ordnung, Treue, Mut werden in den verschiedensten Schattierungen als erstrebenswert ausgemalt, immer wieder tauchen sie bei der Heroisierung des Soldaten auf.

mentierungen für reaktionäre Geschichtsschreibung mißbraucht werden kann.

D. Irving, Das Reich hört mit, Arndt-Verlag, Kiel 1989. 38 DM — (wos)

„Trotz alledem Deutschland“

Schönhuber hämmert in dem mit vielen Gesprächen illustrieren Zeitzeugen und lockerem Erzählstil gemachten Buch seinen Anhängern ein, daß ohne ein Großreinemachen mit der Vergangenheit „patriotische Zukunft“ sich schwer entfalten könne. Man müsse aus dem Schatten Hitlers heraustreten. Wenn er sich schon als „Soldat der Waffen-SS“ bekenne, sollte auch anderen ehemaligen NSlern im Staatsdienst „Chancengleichheit“ gewährt werden. Er sei im Sinne Gregor Strassers erzogen worden, der stets von „antikapitalistischer Sehnsucht des deutschen Volkes“ sprach und schrieb. Schönhuber kritisiert die NPD und die Politik des Verlegers Frey (DVU) als ewiggestrig und karrieristisch. Sie vereinfachten die historischen Vorgänge auf dem Niveau von Hilfsschülern und arbeiteten so dem Antifaschismus in die Hände. Ihr Rechtfertigungszwang wirke sich lähmend aus. Die Rep sei mittlerweile demokratisch legitimiert. Der Friedensbewegung empfiehlt er, mehr national zu argumentieren: gegen die beiden Supermächte, für ein blockfreies Deutschland mit Frankreich und bewaffnete Neutralität einzutreten.

F. Schönhuber, Trotz alledem Deutschland, Verlag Langenmüller, 28 DM — (lus)

„Die Türken pochen ...“

Ende 1989 erschien Franz Schönhubers Buch „Die Türken, Geschichte und Gegenwart“, in dem er den völkischen Rassismus der Republikaner gegen türkische Arbeiter in der BRD aus dem Niedergang der deutsch-türkischen Schicksalsgemeinschaft begründet. Diese bestand in der Waffenbrüderschaft im Ersten Weltkrieg und der internationalen Ächtung des faschistischen Deutschlands und der türkischen Atatürk-Republik wegen des Mordes an Juden und Armeniern. Bewunderung hat er für die Politik Atatürks, weg vom Islam und Organisation des türkischen Staatswesens nach dem Vorbild des italienischen Faschismus. Danach ist die Schicksalsgemeinschaft durch den asiatischen islamischen Fundamentalismus zerstört worden, der Europa angreift. Das ist der „türkische Strom“ von Arbeitern, Rauschgifthändlern, Kindergeld- und Rentengelderschleichern. Schönhubers rassistische Het-

ze: Stoppt die Islamisierung Deutschlands. „Die Türkei ist uns näher gerückt ... Die Türken pochen an die Türen, begehren Wohn-, Arbeits- und Wahlrecht ... Die Hausregeln wollen die Einheimischen bestimmen.“ Der türkische Arbeiter hat nichts zu verlangen, drei Jahre zu arbeiten und dann zurück.

F. Schönhuber, Die Türken, Geschichte und Gegenwart, Verlag Langenmüller, 29,80 DM — (rub)

Reinwaschung des Imperialismus

Unter dem Titel „Das Kainsmal der Deutschen — Für immer gebrandmarkt?“ veröffentlichte F.-J. Rinsche, Nationalist und Staatswissenschaftler, im Sinus-Verlag sein Buch, das sich ausdrücklich auf die sogenannte Historikerdebatte faschistischer und reaktionärer Ideologen des BRD-Imperialismus bezieht. Außerdem polemisiert er gegen die „Aufschrei jüdischer und linker Kreise“, als Kohl und Reagan 1985 in Bitburg deutsche Soldaten und SS-Leute ehren und gemeinsam die Kriegsschuld begraben. Das hätten die Soldaten und das deutsche Volk nicht verdient, nach 40 Jahren friedlicher Aussöhnung weiterhin gebrandmarkt zu werden. Rinsche müht sich auf über hun-

dert Seiten ab, die Verbrechen des reichsdeutschen Imperialismus als ungeheuerliche Wahnsinnstaten Adolf Hitlers und seiner faschistischen Schergen aus SA und SS darzustellen. Soweit nichts Neues in der Aufarbeitung historischer Ereignisse durch willfährige Gefolgsleute des neu erstarkten (west-)deutschen Imperialismus. Neu ist an der Lektüre, daß der Autor einen Zusammenhang bastelt gegen Kollektivschuld der Deutschen, für gebotene Kollektivschuld und gleichzeitigem Leugnen der besonders aggressiven Methoden reichsdeutscher Konzerne in ihrem Streben nach Vorherrschaft in Europa. Rinsche zählt in einer langen Reihe Grausamkeiten vergangener und gegenwärtiger Kriege auf, stellt z.B. die Befreiungskämpfe der Völker — ausdrücklich die Partisanenkriegsführung — auf eine Stufe mit der Kriegsführung der Aggressoren. Kern seiner Veröffentlichung ist, daß kommunistische Staaten mindestens genauso viele Grausamkeiten begangen hätten, wie der „Hitlerismus“. Für ihn war und ist Imperialismus kein Problem, die deutsche Nation könne aufrecht gehen.

F.-J. Rinsche, Das Kainsmal der Deutschen, Sinus-Verlag, 18,80 DM — (mal)



Von den Rechten wütend verfolgt und umgefälscht: Das Nürnberger Tribunal (Bild) verurteilte führende Faschisten wegen ihrer Verbrechen gegen die Menschheit.

Geschichtsrevidierende und völkische Lektüre

Regelmäßig kündigt die Rep-Mitgliederzeitung „Republikaner“ neu erschienene Bücher und Broschüren an, die sich mit deutscher Geschichte und deutscher Zukunft, rassistischer und völkischer Ideologie und Fragen der gegenwärtigen faschistischen Formierung und Orientierung befassen. Diwald, Mohler, Kunert, Heß, Deschner, Seidler, Irving, Schönhuber, Löwenthal, Lummer, Anrich, Rinsche, Kremp, Venohr, Hennig, Siegerist, Kamphausen, Ziesel und andere renommierte Ideologen und Historiker des reaktionär-faschistischen Lagers gehören zum Autorenstamm.

Im antifaschistischen Kampf und in der Diskussion unter den antifaschistischen Kräften ist es von Vorteil und Nutzen, Strategien und ideologiebildende Veröffentlichungen faschistischer Autoren — über die Programmatiken der faschistischen Organisationen hinaus — zu kennen. Zu wissen, wie und wo sie von reaktionärer und liberaler Politik abheben, an dumpfen Nationalismus appellieren oder völkische Konzepte anbieten, über Begrifflichkeiten und handfeste Aussichten Anhang um sich sammeln, ist für die antifaschistischen Organisationen und Initiativen unerlässlich.

Zwei große Veröffentlichungsfelder werden von den rechten Autoren beachtet: Geschichte und Gegenwart. Die äußerste Rechte der BRD, die Faschisten, die großdeutsch sind, findet in der Frage der Wiedervereinigung ihre breiteste Basis. Die politische Verfestigung großdeutschen Denkens hat eine historische und eine materiell-ideologische Basis. Dem tragen die postmodernen faschistisch-völkischen Autoren Rechnung. Eine Flut von Büchern beschäftigt sich mit dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, dem Stolz und Opfermut des deutschen Volkes, seiner hochkulturellen Überlegenheit und dem ihm angetanen Unrecht. In einer Ankündigung des Buches „Deutschland im Krieg der Kontinente“ von D. Kunert schreibt der „Republikaner“: „Das Buch zum Historikerstreit! Jetzt müssen weitere Frageverbote fallen. Professor Kunert zeichnet den Weg einer wahrheitsgetreuen Darstellung der internationalen Politik 1914–1945 vor; Deutschland, unabhängig von seinen Regierungsformen, im Zermürbungskrieg der aufziehenden Supermächte. Mit sensationell neuen Quellen zum angeblichen „Überfall“ auf die Sowjetunion und dem umstrittenen Begriff „Lebensraum.“ Und das Buch „Jahrhundert der Lüge“ von H. Wellems, Chefredakteur des „Ostpreußenblattes“, erhält folgen-

de Empfehlung: „Hugo Wellems belegt mit zahlreichen Zitaten führender Politiker, Militärs und Historiker, daß Deutschland nicht der Erbschurke dieses Jahrhunderts ist. Erstaunlich, wie viele Zeugnisse es gibt, mit denen das deutsche Volk entlastet wird. Eine Materialsammlung, zu der Prof. Hellmut Diwald das Vorwort schrieb.“ Sind die Geschichtslügen der ausländischen und linken Demagogen — den Feinden des deutschen Volkes — widerlegt, dann kann nichts mehr einem Neuanlauf für Großdeutschland bzw. -europa entgegenstehen. Es scheint platt verkürzt, aber die hier vorgestellten Bücher über diese Thematik lassen kaum einen anderen Schluß zu. Im neuen Programm der Republikaner heißt es dann auch: „Wer sein Recht nicht wahrnimmt, gibt es preis. Unsere Politik entzieht sich dem Diktat und den Auflagen der Siegermächte von 1945 ...“

In einer Gesellschaft, in der ein Lebensstil von Herrenmenschen, Laufbahn, Konkurrenz usw. vorherrscht, in der völkisches Gedankengut auf fruchtbaren, weil für viele auf materiell zu vergoldenden Boden fällt, spielt diese inhumane Philosophie eine bedeutende Rolle im Kampf um die imperialistische Vorherrschaft in Europa. Deutschland wird mit Reichtum gleichgesetzt. Faschistische Autoren sprechen von kulturellem Reichtum, der dann wie im Selbstlauf — durch Fleiß und Disziplin — materielle Früchte ernten könne. Diwald u.a. betonen wieder und immer wieder, daß das Volk — natürlich das deutsche — Geschichte, Entwicklung und Zukunft bestimme. Unterordnung unter gesamtvölkische, nationale Interessen seien Garant für das eigene Fortkommen. Aus dem Volk heraus arbeiten, dazugehören, sich nicht isolieren — das verspricht für jeden national gesinnten, fleißigen Menschen das gebührende Salär. Es seien die historischen Verdienste des deutschen Volkes, heute sozial und wirtschaftlich hervorragend dazustehen. Doch damit sei man auch an Grenzen des Wachstums gestoßen. Der Begriff Volk ohne Raum taucht in dieser anrühenden Formulierung nicht mehr auf. Den Lebensraum beengen in der BRD schließlich die Ausländer. Was auf Expansion und gleichzeitiger Unterwerfung Nichtdeutscher hinweist, sind Formulierungen, den Lebensraum aller Deutschen zu erhalten und selbstbestimmt wiederzuerlangen. Nur so könne die Zukunft gemeistert werden. — (mal)

Anzeige

Antifaschistische Nachrichten

4. Februar 1990, Jahrgang 1, 28 DM

Diese Zeitschrift, herausgegeben von der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, bietet vierzehntäglich: einen Überblick zur Tätigkeit faschistischer Organisationen und ihrer Verbindungen zum rechtskonservativen Lager, entsprechend wichtige Termine und aktuelle Berichte aus der ganzen BRD, Dokumentation interessanter Stellungnahmen von Institutionen, Parteien, Initiativen, unterstützende und organisierende Artikel zu antifaschistischen Aktivitäten, Hinweise auf Publikationen aus dem Antifa-Spektrum. Zu beziehen über: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder die regionalen Adressen des GNN-Verlags.

Weiter lieferbar:

Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen

Beiträge zur Kritik des Ökologismus

Kritik am rechtem Ökologismus, erschienen im November 1989. 2 verbesserte Auflage, 140 Seiten, 10 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1